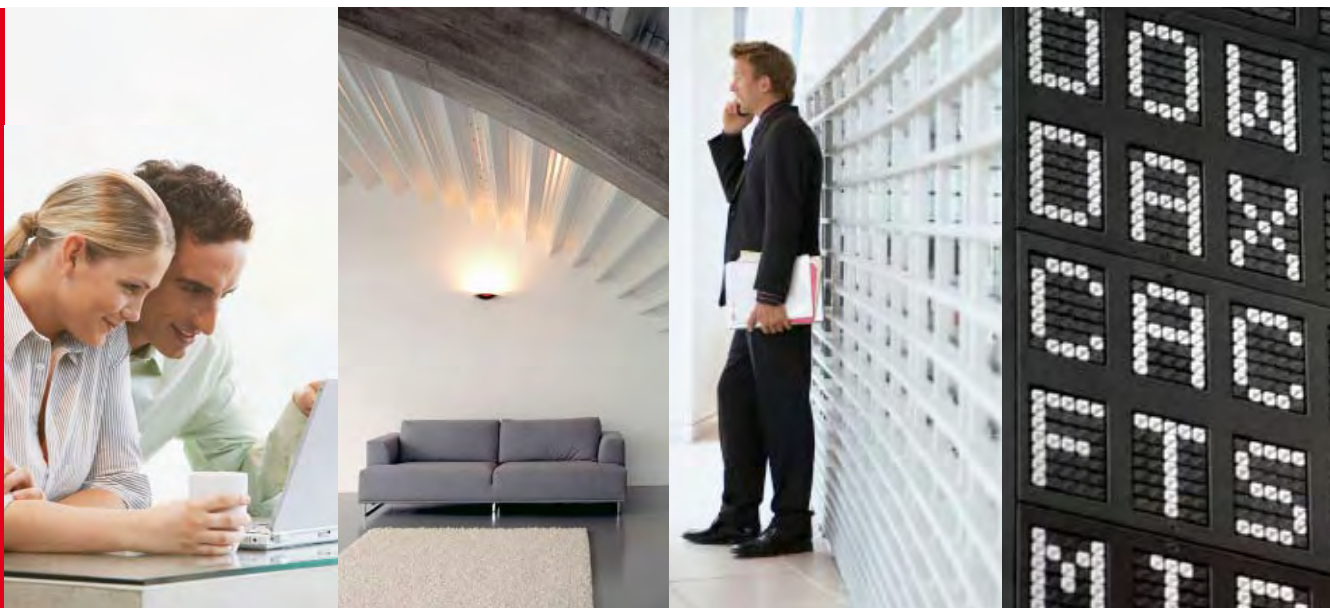


Landesbank Berlin Holding AG

JAHRESABSCHLUSS UND LAGEBERICHT 2007 (HGB)



Landesbank Berlin Holding AG
Jahresabschluss und Lagebericht 2007 (HGB)

Inhaltsverzeichnis

Lagebericht

Das Geschäftsjahr 2007 im Überblick	3
Geschäftsverlauf Januar bis Dezember 2007	20
Ereignisse nach dem 31. Dezember 2007	23
Schlussklärung zum Abhängigkeitsbericht gemäß § 312 AktG	24
Risikobericht	25
Prognosebericht / Ausblick	56

Jahresabschluss

Bilanz zum 31.12.2007	60
Gewinn- und Verlustrechnung vom 1.1. bis 31.12.2007	61

Anhang und Anlagen

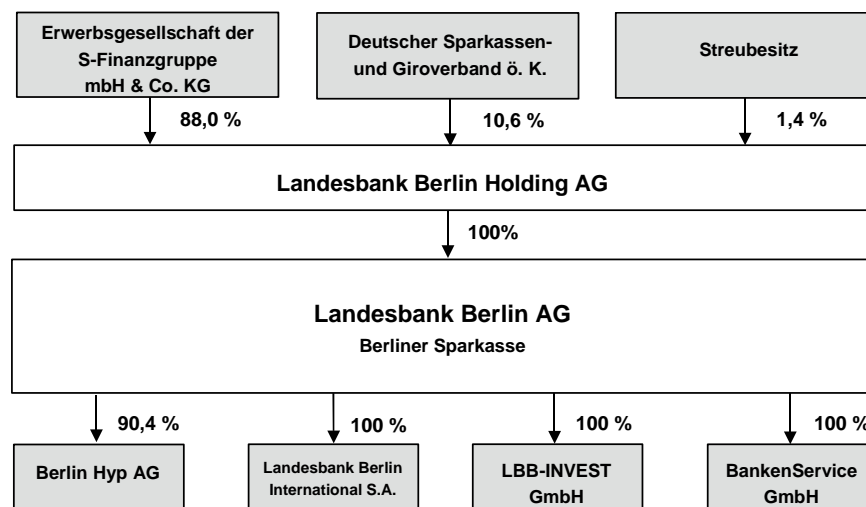
Anhang	62
Liste des Anteilsbesitzes (Anlage 1 zum Anhang)	77
Mandate von Vorstand und Aufsichtsrat (Anlage 2 zum Anhang)	79
Entsprechenserklärung / Versicherung der gesetzlichen Vertreter	91
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	92

Das Geschäftsjahr 2007 im Überblick

Unternehmensdarstellung

Organisatorische und rechtliche Struktur

Die organisatorische und rechtliche Struktur des Konzerns stellt sich zum 31. Dezember 2007 wie folgt dar:



- Die Landesbank Berlin Holding AG (Holding) ist die Muttergesellschaft des Konzerns Landesbank Berlin. Sie ist eine börsennotierte Aktiengesellschaft und eine Finanzholding-Gesellschaft im Sinne des Kreditwesengesetzes (KWG) mit Sitz in Berlin. Mehrheitsaktionär ist seit dem 8. August 2007 die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG mit einer Anteilsquote – zum 31. Dezember 2007 – von 88,0 %. Die Anteile des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands Körperschaft des öffentlichen Rechts (DSGV ö.K.) übernahm nach Jahresultimo die Beteiligungsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG. Die Holding firmierte bis Mitte 2006 als Bankgesellschaft Berlin AG, deren Vermögen im Wege der Ausgliederung nahezu vollständig auf die Landesbank Berlin AG übertragen worden war.
- Die Landesbank Berlin AG (LBB) ist ein 100 %-iges Tochterunternehmen der Holding. Sie ist eine nicht börsennotierte Aktiengesellschaft und ein Kreditinstitut im Sinne des KWG. Die LBB ging aus der Landesbank Berlin – Girozentrale – hervor, nachdem diese

gemäß Berliner Sparkassengesetz vom 28. Juni 2005 mit Wirkung zum 1. Januar 2006 aus einer Anstalt öffentlichen Rechts in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden war. Ebenfalls im Jahr 2006 übernahm die LBB nahezu das gesamte Vermögen der ehemaligen Bankgesellschaft Berlin AG.

- Die LBB hält die wichtigen strategischen Beteiligungen des Konzerns, insbesondere die Anteile an der Berlin-Hannoverschen Hypothekenbank AG (Berlin Hyp), an der Bankenservice GmbH (Bankenservice) und an der Landesbank Berlin Investment GmbH (LBB-INVEST). Sie unterhält ferner Niederlassungen in London und Luxemburg.

Der Konzern ist wie folgt organisiert:

Die Holding betreibt kein eigenes Bankgeschäft und verfügt deshalb über keine Mitarbeiter. Ihr Hauptzweck ist das Halten der Beteiligung an der LBB. Die hierfür notwendigen Tätigkeiten und die Unterstützung der Organe der Holding werden im Wege der Geschäftsbesorgung von der LBB erbracht.

Die LBB ist in vier strategische Geschäftsfelder und die sie unterstützenden Corporate Center gegliedert. Die Geschäftsfelder bestehen aus dem Geschäft mit Privaten Kunden und Firmenkunden, dem Kapitalmarkt- und dem Immobilienfinanzierungsgeschäft. Zu den Einheiten der Corporate Center zählen z.B. Informationstechnologie, Controlling, Risikocontrolling, Unternehmensentwicklung, Revision und Finanzen. Das Geschäft mit Immobilienfinanzierungen der LBB und der Berlin Hyp wird, soweit rechtlich möglich, über das institutsübergreifende Geschäftsfeld gesteuert. Dementsprechend eng sind auch die jeweiligen Einheiten der beiden Unternehmen miteinander verbunden.

Landesbank Berlin AG			
Private Kunden	Firmenkunden	Kapitalmarktgeschäft	Immobilienfinanzierung
Corporate Center			

Vorstand und Ressortverteilung

Der Vorstand der Holding setzt sich zum 31. Dezember 2007 aus den Herren Hans-Jörg Vetter und Dr. Thomas Veit zusammen.

Alle operativen Aufgaben der Holding werden auf der Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrages zwischen der Holding und der LBB von der LBB wahrgenommen. Die Zuständigkeiten der einzelnen Vorstandsmitglieder waren im Geschäftsjahr 2007 wie folgt geregelt:

Hans-Jörg Vetter

(Vorsitzender)

Landesbank Berlin Holding AG

Landesbank Berlin AG

Unternehmensentwicklung

Personal

Revision

Recht

Dr. Thomas Veit

Landesbank Berlin Holding AG

Landesbank Berlin AG

Immobilienfinanzierung

Finanzen

Organisation

Informationstechnologie

Serge Demolière

Landesbank Berlin AG

Kapitalmarktgeschäft

Dr. Johannes Evers

Landesbank Berlin AG

Private Kunden

Uwe Kruschinski

Landesbank Berlin AG

als amtierendes Mitglied zum 30. Juni 2007 ausgeschieden

bis dahin:

Kreditgeschäft

Risikobetreuung

Hans Jürgen Kulartz

Landesbank Berlin AG

Firmenkunden

Martin K. Müller

Landesbank Berlin AG

Risikocontrolling

Controlling

Compliance

Kreditgeschäft

Risikobetreuung

BankenService GmbH

Vergütungssystem von Vorstand und Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der börsennotierten Holding sowie ihrer 100 %igen Tochtergesellschaft LBB sind weitgehend personenidentisch besetzt. Die Mitglieder des Vorstands der Holding sind zugleich Mitglieder des Vorstands der LBB. Im Interesse der besseren Übersichtlichkeit erfolgt für beide Gesellschaften eine zusammengefasste Darstellung in Form des Vergütungsberichtes nach dem Deutschen Corporate Governance Kodex.

Dieser Vergütungsbericht fasst die Grundsätze zusammen, die bei der Festlegung der Vergütung des Vorstands der Holding sowie der LBB angewendet werden, und er stellt Struktur und Höhe der Vorstandsbezüge dar. Daneben werden die Grundsätze und die Höhe der Vergütung der Aufsichtsräte und ihrer Ausschüsse beschrieben.

Der Vergütungsbericht berücksichtigt dabei für beide Gesellschaften die Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex, und enthält die Angaben, die entsprechend dem deutschen Handelsrecht Bestandteil des Lageberichts nach § 289 Abs. 2 Nr. 5 HGB und des Anhangs nach § 285 Nr. 9 a Satz 5 bis 9 HGB sind.

1. Vergütung des Vorstands

Für die Festlegung von Struktur und Höhe der Vergütung der Mitglieder des Vorstands ist bei der Holding wie auch bei der LBB jeweils der Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschuss des Aufsichtsrats (BPS-Ausschuss) zuständig. Der BPS-Ausschuss legt die Eckpunkte der Dienstverträge, insbesondere die Gehälter und die anderen Vergütungsbestandteile, für den Vorstand fest. Dabei wird die Vergütung auf Basis einer Analyse der in der eigenen Unternehmensgruppe und in vergleichbaren deutschen Kreditinstituten an die Mitglieder der Geschäftsleitung gezahlten Einkommen festgesetzt.

Die einzelnen sich aus dem Anstellungsverhältnis ergebenden Rechte und Pflichten des Vorstands sind für alle Mitglieder des Vorstands in den mit der LBB bestehenden Dienstverträgen geregelt.

Den Vorstand der Holding bilden der Vorstandsvorsitzende Herr Hans-Jörg Vetter und Herr Dr. Thomas Veit. Sie sind zugleich Vorstandsmitglieder der LBB, auf die nahezu das gesamte Geschäft der Holding übertragen worden ist. Unabhängig von ihrer organschaftlichen Bestellung als Vorstandsmitglieder der Holding bestehen die Vorstandsdiensverträge von Herrn Hans-Jörg Vetter und Herrn Dr. Thomas Veit sowie die sie betreffenden Versorgungsvereinbarungen und vergleichbaren Verträge mit der LBB, für die sie überwiegend tätig sind.

Die LBB zahlt auf dieser vertraglichen Grundlage sämtliche Vorstandsbezüge für die beiden im Doppelband tätigen Vorstandsmitglieder. Sie erhält dafür von der Holding einen am zeitlichen Aufwand orientierten Ausgleichsbetrag in Höhe einer monatlichen Pauschale von 5 T€ je Vorstandsmitglied bzw. 6 T€ für den Vorstandsvorsitzenden. Entsprechend wurden von der Holding im Jahre 2007 132 T€ als Aufwandsersatz an die LBB erstattet.

Im Berichtsjahr ist Herr Uwe Kruschinski zum 30. Juni 2007 als amtierendes Mitglied des Vorstands der LBB ausgeschieden.

Hinsichtlich ihrer Bezüge sind in den Dienstverträgen der Mitglieder des Vorstands folgende Vergütungsbestandteile festgelegt:

- Festes Jahresgehalt:

Das Festgehalt ist zahlbar in gleichen monatlichen Teilbeträgen. Entsprechend den dienstvertraglichen Vereinbarungen werden die festen Bezüge vom BPS-Ausschuss in Abständen von zwei Jahren auf ihre Angemessenheit in Bezug auf die Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds, seine persönliche Leistung, die Leistung des Gesamtgremiums sowie die wirtschaftliche Lage, den Erfolg und die Zukunftsaussichten des Unternehmens unter Berücksichtigung seines Vergleichsumfeldes überprüft. Die letzte entsprechende Überprüfung wurde im März 2007 vorgenommen.

Die Vorstandsgehälter werden auf der Basis der Ertragslage des Konzerns fortentwickelt, wobei die allgemeinen Preis- und Tarifsteigerungen in der Bundesrepublik Deutschland in Betracht zu ziehen sind sowie ein Vergleich mit der Struktur der Vorstandsbezüge anderer Kreditinstitute herangezogen wird. Ein Rechtsanspruch auf Erhöhung der festen Bezüge besteht dabei nicht.

- Jahressondervergütung:

Die Mitglieder des Vorstands erhalten für ihre Tätigkeit im jeweils abgelaufenen Geschäftsjahr eine Jahressondervergütung (Tantieme), über die im Folgejahr Beschluss gefasst wird. Die Tantieme richtet sich in ihrer Höhe nach den Kriterien für das feste Jahresgehalt sowie nach der Entwicklung der Ergebnisse der Holding und der LBB und ist nach Feststellung der Jahresabschlüsse der Gesellschaften in einer Summe zahlbar. Für jedes Vorstandsmitglied ist hierbei die Zahlung eines bestimmten Mindestbetrages garantiert. Der darüber hinausgehende Teil wird vom BPS-Ausschuss unter Berücksichtigung der vorstehend genannten Parameter, insbesondere auf der Grundlage einer individuellen Leistungsbeurteilung, festgesetzt.

Weitere Vergütungskomponenten mit langfristiger Anreizwirkung (Bezugsrechte, sonstige aktienbasierte Vergütungselemente o. ä.) bestehen für die Vorstandsmitglieder nicht.

- Sonstige Vergütungen:

Den Vorstandsmitgliedern stehen jeweils Dienstwagen mit Fahrer zur unbeschränkten Nutzung zur Verfügung. Dabei haben einige der Vorstandsmitglieder gemäß ihrem Dienst-

vertrag Anspruch auf die Übernahme der auf den durch die private Nutzung entstehenden geldwerten Vorteil zu zahlenden Steuern durch den Arbeitgeber.

Zugunsten der Organmitglieder der Holding und der LBB besteht eine pauschale Vermögensschaden-Haftpflicht-Gruppenversicherung (D & O-Versicherung). Diese deckt auch das persönliche Haftungsrisiko der Vorstände der Holding und der LBB für den Fall ab, dass der betreffende Personenkreis bei Ausübung seiner Tätigkeit für Vermögensschäden in Anspruch genommen wird. Für die Vorstandsmitglieder ist dabei im Sinne des Deutschen Corporate Governance Kodex ein Selbstbehalt in Höhe von drei Monatsfestgehältern vereinbart. Die Prämien für diese auch im Interesse der beiden Unternehmen liegenden Director & Officers-Versicherungen trägt die Holding.

Gemäß seinem Vorstandsdienstvertrag hat Herr Martin K. Müller Anspruch auf die Zahlung der Beiträge für eine der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung entsprechende Versicherung durch den Arbeitgeber bis zur Hälfte des gesetzlichen Höchstsatzes.

- Gesamtvergütung:

Die Mitglieder des Vorstands haben im Geschäftsjahr 2007 eine Vergütung (einschließlich erfolgsabhängiger Bestandteile) von insgesamt 7.496 T€ bezogen (im Geschäftsjahr 2006: 6.396 T€). Hierin enthalten sind die für die Tätigkeit des Vorstands für das Geschäftsjahr 2007 garantierten Bestandteile der Jahressondervergütung in Höhe von 2.242 T€, die im Geschäftsjahr 2008 zur Auszahlung kommt (Vorjahresvergleichszahl: 2.331 T€). Weiter sind in der Gesamtvergütung die erfolgsabhängigen Bestandteile der Jahressondervergütung für das Geschäftsjahr 2006 in Höhe von 2.325 T€ enthalten, die im Jahr 2007 gezahlt wurden (Vorjahresvergleichszahl: 1.030 T€).

Leistungen von Dritten wurden einzelnen Vorstandsmitgliedern im Hinblick auf ihre Tätigkeit als Vorstandsmitglied nicht zugesagt oder im Geschäftsjahr gewährt.

- Versorgungszusagen:

Im Falle einer durch Unfall oder Krankheit verursachten Arbeitsunfähigkeit stehen den Vorstandsmitgliedern für einen bestimmten Zeitraum die vollen Bezüge zu: Herrn Hans-Jörg Vetter, Herrn Dr. Thomas Veit und Herrn Serge Demolière bis zu einem Jahr, Herrn Dr. Johannes Evers, Herrn Hans Jürgen Kulartz und Herrn Martin K. Müller bis zu zwei Jahren, jedoch jeweils längstens bis zur Beendigung des Anstellungsverhältnisses.

Die Vorstandsmitglieder haben einen Anspruch auf Ruhegehalt nach Beendigung des Vertragsverhältnisses infolge der Vollendung des 65. Lebensjahres, wegen Berufsunfähigkeit, durch Ablauf der Bestellung oder infolge der Lösung des Vertragsverhältnisses durch die LBB, die nicht durch einen wichtigen Grund in der Person des Vorstandsmitglieds veranlasst ist (§ 626 BGB). Nach Vollendung des 60. Lebensjahres kann das Dienstverhältnis durch Herrn Serge Demolière, Herrn Dr. Johannes Evers, und Herrn Hans-Jörg Vetter oder die LBB gekündigt werden. Herr Dr. Thomas Veit und Herr Hans Jürgen Kulartz können ab dem 62. Lebensjahr auf eigenen Wunsch in den Ruhestand treten. Die Vorstandsmitglieder erhalten dann Ruhegehalt auch vor dem 65. Lebensjahr.

Während der ersten sechs Monate nach dem Ausscheiden aus den Diensten der Gesellschaft haben die Vorstandsmitglieder einen Anspruch auf ihre Dienstbezüge, vom siebten Monat an setzt die Zahlung des Ruhegehalts ein. Im Falle von Herrn Martin K. Müller setzt die Zahlung des Ruhegehaltes im ersten Monat nach Ausscheiden aus den Diensten der LBB ein.

Das Ruhegehalt bemisst sich abhängig vom Lebensalter nach einem bestimmten Prozentsatz vom festen Jahresgehalt und erhöht sich um 2 % für jedes als Vorstandsmitglied geleistete Dienstjahr, wobei für jedes Vorstandsmitglied vertraglich ein Höchstsatz vereinbart ist. Bemessungsgrundlage für das Ruhegehalt ist jeweils der ruhegehaltsfähige Anteil der Festbezüge, der grundsätzlich 100 %, bei Herrn Serge Demolière 69 % beträgt.

Im Einzelnen:

	<u>Erworbener Versorgungsanspruch</u> <u>per 31. Dezember 2007</u> [in %]	<u>Höchstsatz</u> [in %]
Herr Demolière	47	60
Herr Dr. Evers	56	75
Herr Kulartz	54	75
Herr Kruschinski *	58	70
Herr Müller	40	70
Herr Dr. Veit	50	60
Herr Vetter	56	60

* zum 30. Juni 2007 ausgeschieden

Gemäß ihren Dienstverträgen haben die Vorstandsmitglieder Anspruch auf Anpassung ihrer laufenden Versorgungsleistungen. Diese richtet sich nach den prozentualen Entgeltentwicklungen der Tarifverträge für das private Bankgewerbe und die öffentlichen Banken.

Herrn Hans-Jörg Vetter und Herrn Dr. Thomas Veit steht entsprechend ihren Dienstverträgen unter der Voraussetzung, dass über die künftige Geschäftspolitik unterschiedliche Auffassungen zwischen den Vorstandsmitgliedern einerseits und dem Aufsichtsrat oder dem Mehrheitsaktionär andererseits bestehen, die sich nicht beilegen lassen, ein Sonderkündigungsrecht zu. Endet der Dienstvertrag infolge einer Sonderkündigung, haben beide Herren Anspruch auf die Zahlung der jeweils bis zum Ende der Vertragslaufzeit noch ausstehenden Bezüge.

Im Jahr 2007 wurden für Pensionszusagen und ähnliche Verpflichtungen gegenüber den Mitgliedern des Vorstands 1.455 T€ (2006: 1.697 T€) zurückgestellt. Der Teilwert der für den Vorstand gebildeten Pensionsrückstellungen (HGB) betrug zum Bilanzstichtag 7.973 T€ (2006: 8.763 T€).

Durch das Ausscheiden von Herrn Uwe Kruschinski als amtierendes Vorstandsmitglied zum 30. Juni 2007 werden die Pensionsrückstellungen für seine Person nunmehr unter denen für ehemalige Vorstandsmitglieder ausgewiesen.

Mitglieder des Vorstands haben von der LBB Vorschüsse oder Kredite erhalten bzw. es bestehen Haftungsverhältnisse zum 31. Dezember 2007 insgesamt im Volumen von 388 T€ (zum 31. Dezember 2006: 1.186 T€).

Ferner wurden im vergangenen Geschäftsjahr Gesamtbezüge (Ruhegehälter, Hinterbliebenenbezüge und Leistungen verwandter Art) an die ehemaligen Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene von insgesamt 6.160 T€ gezahlt (im Geschäftsjahr 2006: 6.456 T€).

Der Teilwert der für diese Personengruppe in 2007 gebildeten Rückstellungen für laufende Pensionen und Anwartschaften auf Pensionen beträgt 66.612 T€ (zum 31. Dezember 2006: 64.057 T€).

Hierbei ist zu beachten, dass diese Vergütungen bzw. Rückstellungen neben denen der LBB jeweils auch die ehemaligen Vorstandsmitglieder der Holding betreffen. Dies beruht, wie oben dargestellt, darauf, dass im Zuge der nahezu vollständigen Ausgliederung des Vermögens der Holding auf die LBB auch alle Versorgungsvereinbarungen und vergleichbaren Verträge auf die LBB übertragen wurden. Die entsprechenden Rückstellungen für laufende Pensionen und Anwartschaften auf Pensionen wurden ebenfalls auf die LBB übertragen.

2. Vergütung des Aufsichtsrats

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in der jeweiligen Satzung geregelt, die bei Bedarf durch Beschluss der Hauptversammlung angepasst werden kann. Die Aufsichtsratsvergütung orientiert sich an der Größe, der wirtschaftlichen Lage und dem Erfolg des jeweiligen Unternehmens sowie an den besonderen Aufgaben und der Verantwortung der Aufsichtsratsmitglieder.

Die für die Holding geltenden Vergütungsregeln sind in § 13 ihrer Satzung festgelegt. Danach erhalten die Aufsichtsratsmitglieder der Holding jährlich eine feste Vergütung sowie einen an den Erfolg des Unternehmens gekoppelten Vergütungsbestandteil.

Die für den Aufsichtsrat der LBB geltenden Vergütungsregeln sind in § 11 ihrer Satzung festgelegt. Danach erhalten die Aufsichtsratsmitglieder jährlich eine feste Vergütung; eine gesonderte, an den Erfolg des Unternehmens gekoppelte Vergütung ist für den Aufsichtsrat der LBB nicht vorgesehen.

Die Mitgliedschaft in den Ausschüssen sowie der Vorsitz und der stellvertretende Vorsitz im Aufsichtsrat und in seinen Ausschüssen werden bei der Holding wie auch bei der LBB zusätzlich vergütet.

Im Einzelnen ist die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder wie folgt geregelt:

- **Feste Jahresvergütung:**
Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten bei der Holding eine feste Jahresvergütung von 15.000,-- € bzw. bei der LBB AG in Höhe von 10.500,-- €.
- **Erfolgsabhängige Jahresvergütung:**
Die Aufsichtsratsmitglieder der Holding erhalten neben der festen Jahresvergütung eine erfolgsabhängige Vergütung von 550,-- € je halbes Prozent Dividende, um die die Dividende 4 % auf das Grundkapital übersteigt.

Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält bei beiden Gesellschaften jeweils das Doppelte, der Stellvertreter das 1,5fache der jeweiligen Beträge.

- Ausschussvergütung:

Die Mitglieder des Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschusses des jeweiligen Aufsichtsrates sowie die Mitglieder des Kreditausschusses des Aufsichtsrats der LBB erhalten zusätzlich eine feste Vergütung. Diese beträgt bei der Holding jährlich 10.000,-- €, die Vorsitzenden erhalten jeweils 15.000,-- €, die Stellvertreter jeweils 12.500,-- €. Bei der LBB betragen diese Bezüge jährlich 6.000,-- €, die Vorsitzenden dieser Ausschüsse erhalten hier jeweils 8.000,-- €, die Stellvertreter jeweils 7.000,-- €.

Ein gesondertes Sitzungsgeld erhalten die Mitglieder beider Aufsichtsräte nicht.

Für die Aufsichtsratsmitglieder, die dem Aufsichtsrat oder einem seiner Ausschüsse nicht während des gesamten Geschäftsjahres angehört haben, wird die Vergütung entsprechend ihrer Amtszeit taggenau abgerechnet.

Herr Dr. h. c. Axel Berger ist weiterhin Mitglied des Aufsichtsrates der Berlin Hyp, einem Tochterunternehmen der LBB. Für diese Tätigkeit erhielt er von der Berlin Hyp eine Vergütung in Höhe von 10.500,-- € (für das Geschäftsjahr 2006: 3.911,-- €).

Wie oben bezüglich des Vorstands dargestellt, besteht auch zugunsten der Aufsichtsratsmitglieder der Holding und der LBB eine angemessene Vermögensschaden-Haftpflicht-Gruppenversicherung (D & O-Versicherung). Für die Aufsichtsratsmitglieder ist dabei im Sinne des Deutschen Corporate Governance Kodex jeweils ein Selbstbehalt in Höhe ihrer halben Jahresfestvergütung vereinbart. Die Prämien für diese auch im Interesse der beiden Unternehmen liegenden D & O -Versicherungen trägt die Holding.

Die Mitglieder beider Aufsichtsratsgremien erhalten die Vergütung für ihre im jeweiligen Geschäftsjahr ausgeübte Tätigkeit nach Ablauf dieses Geschäftsjahres jeweils nach den Hauptversammlungen der Gesellschaften. Dementsprechend wird die Jahresvergütung für 2007 an die Aufsichtsratsmitglieder der Holding bzw. der LBB nach dem jeweiligen Beschluss der Hauptversammlung beider Gesellschaften über die Gewinnverwendung und über die Entlastung des Aufsichtsrats gezahlt werden.

- Aufsichtsrat Holding:

Für die Tätigkeit im Aufsichtsrat der Holding sind an die Mitglieder dieses Aufsichtsrats sowie seiner Ausschüsse für das Geschäftsjahr 2007 Gesamtbezüge in Höhe von 374 T€ zu zahlen (Vorjahr: 421 T€); jeweils ohne Umsatzsteuer.

- Aufsichtsrat LBB:

Für die Tätigkeit im Aufsichtsrat der LBB sind an die Mitglieder dieses Aufsichtsrats sowie seiner Ausschüsse für das Geschäftsjahr 2007 Gesamtbezüge in Höhe von 251 T€ zu zahlen (Vorjahr: 225 T€); jeweils ohne Umsatzsteuer.

Außer den Gewerkschaftsvertretern sind alle Arbeitnehmervertreter des Aufsichtsrats der Holding Angestellte der LBB. Die bei der LBB angestellten Arbeitnehmervertreter der beiden Aufsichtsräte erhalten neben der Aufsichtsratsvergütung ihre Bezüge als Mitarbeiter.

Mitglieder des Aufsichtsrats haben von der LBB im Berichtsjahr Vorschüsse oder Kredite erhalten bzw. es bestehen Haftungsverhältnisse zum 31. Dezember 2007 insgesamt im Volumen von 98 T€ (zum 31. Dezember 2006: 120 T€).

Vergütungen oder Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen, wurden an die Mitglieder des Aufsichtsrats von der Holding oder der LBB nicht gezahlt bzw. gewährt.

Angaben gemäß § 289 Abs. 4 HGB

Das gezeichnete Kapital der Landesbank Berlin Holding AG beträgt 2.555 Mio. € und ist eingeteilt in 999.327.870 Stückaktien. Die Aktien lauten auf den Inhaber und gewähren jeweils eine Stimme.

Hinsichtlich der Beteiligungen am Kapital wird auf den Abschnitt „Organisatorische und rechtliche Struktur“ verwiesen.

Für die Ernennung und Abberufung des Vorstands gelten die gesetzlichen Bestimmungen des § 84 AktG. Für die Änderung der Satzung gelten die gesetzlichen Vorschriften der §§ 179 ff. AktG.

Die Hauptversammlung vom 23. August 2007 hat die Landesbank Berlin Holding AG ermächtigt, bis zum 30. September 2008 zum Zwecke des Wertpapierhandels eigene Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG zu erwerben. Die Erwerbspreise dürfen den durchschnittlichen Schlusskurs der Aktien an den jeweils zehn vorausgegangenen Börsentagen nicht um mehr als 10 % über- bzw. unterschreiten. Der Handelsbestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien darf 5 % des Grundkapitals am Ende eines jeden Tages nicht übersteigen. Daneben besteht gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 23. August 2007 bis zum 30. September 2008 die Möglichkeit des Erwerbs eigener Aktien zu anderen Zwecken als dem Handel in eigenen Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG. Davon wurde im Berichtsjahr kein Gebrauch gemacht.

Bezüglich der Angaben zum „Change of Control“, die mit den Mitgliedern des Vorstandes getroffen wurden, wird auf den Abschnitt „Vergütungssystem von Vorstand und Aufsichtsrat“ verwiesen.

Allgemeiner Verlauf im Überblick

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Konjunkturlage blieb in Deutschland 2007 positiv, obwohl im ersten Halbjahr zunächst Ausgabeneinschränkungen der Privathaushalte zu verzeichnen waren. Zur zweiten Jahreshälfte beschleunigte sich das Wachstumstempo wieder.

Wachsende Ausfälle bei Immobilienkrediten in den USA ließen im zweiten Halbjahr die Risikoaufschläge bei einer Vielzahl von Finanzinstrumenten ansteigen. Der amerikanische Wohnimmobilienmarkt verzeichnete in der Folge deutliche Preisrückgänge. Dieses und höhere Zins- und Tilgungslasten der Privathaushalte strahlten zum Jahresende zunehmend auf andere Wirtschaftsbereiche aus. Der deutsche Außenbeitrag blieb davon zunächst jedoch unberührt. Er weitete sich im Trend sogar noch aus, da die Nachfrage aus anderen Weltregionen und der stetige Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit innerhalb des Euroraums bislang für ausgleichende Impulse sorgten.

Darüber hinaus hielten auch die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte an. Gut ausgelastete Fertigungskapazitäten bildeten starke Investitionsanreize. Die Zunahme der Beschäftigung half, die Konsumdelle nach der zum 1. Januar 2007 erfolgten Anhebung des Mehrwertsteuersatzes zu überwinden.

Die Konjunktur in Berlin konnte sich im Jahr 2007 weiter verbessern. In 2007 stieg das Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 1,8 %. Starke Impulse gingen vor allem von den unternehmensnahen Dienstleistungen, dem Verarbeitenden Gewerbe sowie von der Exportwirtschaft aus.

Die insgesamt positive konjunkturelle Entwicklung hatte auch Auswirkungen auf die Personalplanung der Unternehmen. Rund 30.000 Menschen mehr als im Vorjahr waren sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Damit lag der Beschäftigungszuwachs in Berlin erneut über dem Bundesdurchschnitt. Auch der Rückgang der Arbeitslosenquote fiel in Berlin stärker aus als für das Bundesgebiet insgesamt. Das Bruttoinlandsprodukt liegt aber weiter um 17 % unter dem Bundesdurchschnitt.

Neuausrichtung und Maßnahmen zur Ergebnisverbesserung

EU-Beihilfeverfahren

Mit ihrer Entscheidung vom 18. Februar 2004 hatte die Europäische Kommission die beantragten Restrukturierungsbeihilfen für den Konzern der damaligen Bankgesellschaft Berlin AG in vollem Umfang genehmigt. Im Gegenzug musste die Bundesregierung verschiedene Zusagen über die Ausrichtung und Restrukturierung des Konzerns abgeben.

Von diesen Zusagen war im Berichtsjahr nur noch eine einzige umzusetzen: Die Veräußerung der 80,95 % Anteile des Landes Berlin an der Holding in einem offenen, transparenten und diskriminierungsfreien Verfahren. Das Land Berlin leitete den entsprechenden Veräußerungsprozess ein, indem es am 19. Januar 2007 seine Anteile öffentlich zum Verkauf ausschrieb. In den folgenden Monaten bereitete das Land Berlin sowohl einen Paketverkauf seiner Anteile in Höhe von 80,95 % im Wege eines Bieterverfahrens als auch eine Platzierung an der Börse vor. Am 15. Juni 2007 schloss das Land Berlin einen Kaufvertrag mit der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG ab. Dieser Kaufvertrag wurde am 8. August 2007 vollzogen.

Darüber hinaus kaufte die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG am Markt weitere Aktienanteile in Höhe von 7,06 %. Zudem hatte der Deutsche Sparkassen- und Giroverband Körperschaft des öffentlichen Rechts (DSGV ö.K.) Aktienpakete in Höhe von rund 10,0 % und 0,63 % an der Holding erworben. Die Anteile des DSGV ö.K. übernahm nach Jahresultimo die Beteiligungsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG. Insgesamt betragen die Anteile der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG einschließlich der Anteile der Beteiligungsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG zum 1. Januar 2008 zusammen 98,64 %.

Mit dem Verkauf der Anteile an der Holding erfüllten die Bundesregierung, das Land Berlin und die Holding die letzte der Zusagen gegenüber der Europäischen Kommission. Damit ist das EU-Beihilfeverfahren abgeschlossen. Die Bundesregierung hat dies in ihrem offiziellen Schriftverkehr mit der Europäischen Kommission festgehalten. Die Europäische Kommission hat dies ihrerseits bestätigt, indem sie gegenüber der Bundesregierung erklärte, alle erforderlichen Informationen erhalten zu haben und keine weiteren Auskünfte zu benötigen.

Weitere Maßnahmen

Auch nachdem 2005 die Sanierungs- und Restrukturierungsphase offiziell beendet wurde, hat die LBB Maßnahmen zur Senkung der Verwaltungskosten und Verbesserung der Ergebnisstruktur konsequent fortgesetzt.

Für den gesamten Konzern konnte Ende 2007 ein geschäftsfeldübergreifendes Projekt zur Verbesserung der Transparenz und Steuerung des IT-Zentralbudgets erfolgreich abgeschlossen werden. Unter anderem wurden die Stellhebel zur Beeinflussung der IT-Kosten identifiziert und das IT-Kostenreporting umfassend optimiert. Im Rahmen dieses Projekts konnte das Kostenniveau dauerhaft um rund 30,9 Mio. € p.a. gesenkt werden. Davon sind 28,9 Mio. € bereits in 2007 realisiert, weitere Einsparungen in Höhe von mindestens 2,0 Mio. € werden für 2008 erwartet.

Im Geschäftsfeld Private Kunden wurde das erfolgreiche Ertragssteigerungsprogramm des Vorjahres fortgesetzt. Aufbauend auf einem bereits hohen Grad an Prozesseffizienz wurde in eine nachhaltige Stärkung der Vertriebskraft investiert. Ebenso hat die Berliner Sparkasse die Umsetzung ihres Qualitäts- und Serviceverständnisses weiter vorangetrieben. Die Einführung erweiterter Öffnungszeiten in den Filialen optimierte das Angebot an die Kunden und trug dazu bei, die führende Marktstellung zu sichern.

Die Weiterentwicklung der wertorientierten Steuerung der Vertriebsaktivitäten stand im Geschäftsfeld Firmenkunden im Mittelpunkt. Hierzu gehörten die Ausgestaltung strukturierter Beratungsprozesse, die Optimierung der Preisgestaltung und die Ausrichtung des Produkt- und Leistungsprofils auf die Kundennachfrage in den Vertriebswegen. Als erste Bank in Deutschland hat die Berliner Sparkasse ein TÜV-Zertifikat für geprüfte Service- und Beratungsqualität für zwei komplette Vertriebswege (BusinessLine, FirmenkundenCenter) erhalten. Dies untermauert den hohen Anspruch an Qualität und Leistung im Firmenkundengeschäft.

Das Geschäftsfeld Kapitalmarktgeschäft zeigte 2007 ein weiter dynamisches Wachstum im Kundengeschäft. Die Aktivitäten in der Emission und Distribution speziell strukturierter Produkte wurden stark ausgebaut. Zur besseren Fokussierung und Spezialisierung sowie zur Steigerung der Effizienz wurde der Bereich Client Business in die Bereiche Client Business Distribution und Client Business Production aufgeteilt. Der Bereich Client Business Distribu-

tion ist für die Emission und Distribution von Produkten, die Sekundärmarktpflege sowie für die Betreuung des Retailkundenvertriebs zuständig. Der Bereich Client Business Production konzentriert sich primär auf den Handel mit institutionellen Kunden, die Konstruktion von strukturierten Produkten und das Asset Management Research.

In der Immobilienfinanzierung wurde im Jahr 2007 das Neugeschäft im Kernmarkt Deutschland und in ausgewählten Auslandsmärkten unter Einhaltung strenger Risiko- und Rentabilitätsparameter ausgebaut. Im Jahr 2007 wurden in London, Warschau und Prag Büros eröffnet und für den Benelux-Markt eine Vertriebskooperation in den Niederlanden eingegangen, um die Wachstumschancen in diesen Märkten zu nutzen. Daneben hat das Geschäftsfeld seine Marktposition im Kernmarkt auch mit Aufbau der Vertriebskapazität weiter ausgebaut. Bei der Messung und Steuerung der Vertriebsleistung wurden neben den Neugeschäftsvolumina verstärkt wertorientierte Parameter herangezogen.

Geschäftsverlauf Januar bis Dezember 2007

Das Ergebnis des Geschäftsjahres 2007 liegt mit 116 Mio. € im Plan und über dem - um den außerordentlichen Erfolg i.H.v. 438 Mio. € aus dem Verkauf der Berliner Bank bereinigten – Vorjahresergebnis.

Ertragslage

Ergebnis in Mio. €	2007	2006	Veränderung 2007 – 2006	
			Mio. €	%
Beteiligungsergebnis	50	463	-413	-89,2
Saldo sonstiger betrieblicher Aufwendungen und Erträge	10	0	10	x
Zinsergebnis	18	22	-4	-18,2
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	78	485	-407	-83,9
Ertragsteuern	-37	83	-120	<100
sonstige Steuern	-1	-38	37	-97,4
Ergebnis nach Steuern	116	440	-324	-73,6

Das **Beteiligungsergebnis** umfasst ganz überwiegend die Ergebnisabführung der LBB AG.

Im **Saldo sonstiger betrieblicher Aufwendungen und Erträge** sind Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen sowie Verwaltungsaufwendungen berücksichtigt.

In den Positionen **Ertragsteuern** und **sonstige Steuern** werden Erträge ausgewiesen, da jeweils die Steuererstattungen aus Vorjahren zusammen mit der Auflösung von Steuerrückstellungen den laufenden Steueraufwand des Jahres übersteigen.

Vermögenslage

Im Vergleich zum Jahresabschluss 2006 ist die **Bilanzsumme** nahezu unverändert mit 3,0 Mrd. €.

Aktiva in Mio. €	2007	2006	Veränderung 2007 – 2006	
			Mio. €	%
Anlagevermögen				
Beteiligungen/Anteile an verbundenen Unternehmen	2.808	2.408	400	16,6
Umlaufvermögen				
Forderungen	121	469	-348	-74,2
sonst. Vermögensgegenstände	69	119	-50	-42,0
Übrige Aktiva	0	1	-1	-100,0
Summe Aktiva	2.998	2.997	1	0,0

In den **Beteiligungen/Anteile an verbundenen Unternehmen** sind die Anteile an der LBB mit 2.807 Mio. € enthalten. In 2007 hat die Holding 400 Mio. € in die Kapitalrücklage der LBB eingezahlt. Hierdurch wurde die Kapitalbasis der Bank deutlich gestärkt.

Die **Forderungen** bestehen sämtlich gegenüber der LBB und beinhalten den Gewinnanspruch 2007.

Passiva in Mio. €	2007	2006	Veränderung 2007 – 2006	
			Mio. €	%
Eigenkapital	2.840	2.784	56	2,0
davon:				
- gezeichnetes Kapital	2.555	2.555	0	x
- Rücklagen	172	77	95	>100
- Bilanzgewinn	113	152	-39	-25,7
Rückstellungen	155	176	-21	-11,9
Verbindlichkeiten	3	37	-34	-91,9
Summe Passiva	2.998	2.997	1	0,0

Die **Rückstellungen** bestehen ganz überwiegend aus Steuerrückstellungen. Die übrigen Rückstellungen des vergangenen Jahres konnten zum größten Teil verbraucht bzw. aufgelöst werden.

Im Anschluss an die Hauptversammlung vom 23. August 2007 wurde eine Dividende von 0,06 € je Aktie an die Aktionäre ausgeschüttet. Das entspricht einer Ausschüttungssumme von 60 Mio. €.

Finanzlage

Eine Darstellung zur Steuerung der Liquidität in der LBB sowie der Auslastung der Kennziffer nach der Liquiditätsverordnung sind im Risikobericht enthalten.

Ereignisse nach dem 31. Dezember 2007

Die LBB hat mit Wirkung zum 2. Januar 2008 die Sparte Absatzfinanzierung von der BHW Bank erworben. Der Erwerb umfasst einen Stamm von 179.000 Kunden mit Privatdarlehen und 125.000 Kreditkarten sowie rund 8.300 aktive Händlerbeziehungen. Das Kreditvolumen liegt bei rund 485 Mio. €.

Im Zusammenhang mit dem Verkauf der Berliner Bank konnten die noch offenen Fragen hinsichtlich der endgültigen Kaufpreisfestsetzung mit dem Käufer am 4. Februar 2008 endgültig geklärt werden.

Schlusserklärung zum Abhängigkeitsbericht gemäß § 312 AktG

Gemäß § 312 AktG hat der Vorstand der Holding einen Bericht über die geschäftlichen Beziehungen zu verbundenen Unternehmen für das Geschäftsjahr 2007 abgegeben. Die Schlusserklärung dieses Berichts lautet:

„Der Vorstand der Landesbank Berlin Holding AG erklärt hiermit, dass die Unternehmen des Konzerns Landesbank Berlin Holding AG bei allen Rechtsgeschäften und sonstigen Maßnahmen mit dem Land Berlin und den mit diesem verbundenen Unternehmen (1. Januar 2007 - 7. August 2007) einerseits sowie mit der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG und der Regionalverbandsgesellschaft mbH (8. August 2007 - 31. Dezember 2007) andererseits eine nach den im jeweiligen Zeitpunkt der Rechtsgeschäfte oder Maßnahmen bekannten Umständen angemessene Gegenleistung erhalten haben und durch die getroffenen Maßnahmen nicht benachteiligt wurden.“

Risikobericht

Die Landesbank Berlin Holding AG nimmt als Konzernobergesellschaft im Wesentlichen die Funktion einer Finanzholding wahr, die Bankgeschäfte nicht mehr selbst durchführt und kein Kreditinstitut mehr ist. Zentrale Aufgabe ist das Halten der 100-prozentigen Beteiligung an der LBB.

Aufgrund der Überleitung der Risiken in die LBB im Jahr 2006 und der Tatsache, dass die LBB aufsichtsrechtlich zum übergeordneten Unternehmen der Finanzholding-Gruppe wurde und alle Banken des Konzerns unter ihrem Dach zusammengeführt wurden, resultiert seitdem die weitgehende Übereinstimmung der Risiken der Landesbank Berlin und der Landesbank Berlin Holding.

Angesichts der Turbulenzen an den Kapitalmärkten, die durch die Subprime-Krise ausgelöst wurden, waren unsere Verfahren und Methoden zum Risikomanagement im Berichtsjahr einer harten Bewährungsprobe ausgesetzt.

Wir haben die Herausforderungen insbesondere im Marktpreisrisiko und im Liquiditätsrisiko gut bewältigt, indem wir unsere Positionen insgesamt eher konservativ ausgesteuert und die Entwicklung der Ergebnisse und Risikokennziffern täglich reportet und analysiert haben.

Grundsätze für das Risikomanagement und -controlling

Das gezielte und kontrollierte Eingehen von Risiken unter Beachtung renditeorientierter Vorgaben ist integraler Bestandteil der Gesamtrisikosteuerung der LBB. Die Risikosteuerung und auch die qualifizierte und zeitnahe Überwachung der Risiken erfolgen gemäß den Vorgaben der in der Risikostrategie und dem Risikohandbuch festgehaltenen Risikopolitik des Vorstands.

Die zuständigen Risikocontrolling-Einheiten haben als unabhängige Stellen die Aufgabe, die Risiken zu identifizieren, zu bewerten, die Risikosteuerung im Unternehmen zu unterstützen und das Management regelmäßig zu informieren.

Die Risikostrategie leitet sich aus den geschäftsstrategischen Rahmenbedingungen und Grundsätzen ab und gestaltet diese mit Blick auf die Übernahme von Risiken. Hierzu zählt die Festlegung konzerneinheitlicher Methoden und Verfahren der Risikomessung. Ebenso haben alle Unternehmen und organisatorischen Einheiten dafür Sorge zu tragen, dass alle Risiken transparent und im Rahmen der konzerneinheitlichen Methodik messbar sind.

Das Risikohandbuch, welches den Rahmen für das operative Risikocontrolling vorgibt und sowohl für den Konzern Landesbank Berlin Holding als auch den Konzern Landesbank Berlin und somit auch für die Einzelinstitute gilt, stellt als Grundlage für die Unternehmensstrategie detailliert Rahmenbedingungen, Verantwortlichkeiten und Methoden der einzelnen Phasen des Risikomanagements dar.

Gesamtrisikosteuerung

Die ganzheitliche Risikosteuerung der LBB erfolgt durch den Vorstand der LBB. Der Vorstand nimmt im Einklang mit der geschäftspolitischen Ausrichtung unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Risikotragfähigkeit und der aufsichtsrechtlichen Regelungen eine Risikobegrenzung und Risikoallokation in den verschiedenen Unternehmen und organisatorischen Einheiten des Konzerns vor, beispielsweise durch Limite oder Strukturvorgaben. Mit dem monatlichen Top Management Report erfolgt das übergreifende Reporting der Bereiche Finanzen, Controlling und Risikocontrolling. Inhalt ist neben der Finanzsicht das Risikoreporting gemäß MaRisk (Mindestanforderungen an das Risikomanagement). Anhand des Reports, in dem alle Risikoarten zusammengefasst dargestellt werden, diskutiert der Vorstand monatlich die Gesamt-Risiko- und Ertragslage und prüft, inwieweit Reaktionen notwendig sind.

Inhaltlich werden in der LBB folgende Risikoarten unterschieden:

- Adressenausfallrisiken (inkl. Anteilseignerrisiken)
- Liquiditätsrisiken
- Marktpreisrisiken, Zinsänderungsrisiken (Cashflow und Fair Value), Währungsrisiken, Aktienkursrisiken
- Immobilienrisiken
- Operationelle Risiken
- Sonstige Risiken

Die Risikoarten werden in monetäre (quantitative Berücksichtigung im Gesamtbankrisiko) und nicht-monetäre (Liquiditätsrisiko und sonstige Risiken, keine Risikokapitalunterlegung) Risiken unterschieden. Für die Risikotragfähigkeitsbetrachtungen werden darüber hinaus beim Erkennen wesentlicher Risiken, das heißt potenzieller Vermögenswertverluste, die noch nicht berücksichtigt sind, diese unter der separaten Position Restrisiko ausgewiesen. Die Steuerung und Überwachung der Risiken auf Gruppenebene erfolgt über die Einteilung

aller Gesellschaften in ein Stufenkonzept (interner Konsolidierungskreis), das regelmäßig überprüft wird.

Das interne Risikotragfähigkeitskonzept beinhaltet ein System von Messverfahren und Limitierungen aller wesentlichen Risiken, das die Überschreitung eines vorgegebenen maximalen Vermögenswertverlusts bis auf eine geringe Restwahrscheinlichkeit ausschließt. Aufbauend auf den erfassten einzelnen Risikoarten wird das Gesamtrisiko durch Aggregation der Einzelrisiken unter Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zwischen den Risikoarten ermittelt. Auf Basis der Ergebnisse einer erweiterten Analyse wurde die Korrelationsmatrix im Berichtsjahr leicht angepasst und unter anderem die bisherige Korrelation zwischen Markt- und Kreditrisiken erhöht. Die Bewertung der Gesamtrisikolage erfolgt dadurch, dass das zur Deckung der Risiken zur Verfügung stehenden Kapital (Risikodeckungsmasse) dem Gesamtrisiko gegenübergestellt wird.

Um Risikobewertungen besser interpretieren zu können, wird das Gesamtbankrisiko für unterschiedliche Konfidenzniveaus berechnet. Die Ergebnisse werden bestimmten Verlustszenarien (zum Beispiel Verlust in Höhe des geplanten Jahresergebnisses, Unterschreiten der aufsichtsrechtlichen Gesamtkennziffer) gegenübergestellt. Darüber hinaus wird der Wegfall jeglicher Diversifikationseffekte zwischen den Risikoarten als ein Krisenszenario auf Gesamtebene definiert. Im Berichtsjahr wurden die Szenariobetrachtungen für die einzelnen Risikoarten weiterentwickelt und in das Reporting integriert.

Interne Kapitaladäquanz

Um die Gesamtbanksteuerung weiter zu verbessern, wird Risikokapital auf Gesamtebene und für die Geschäftsfelder festgelegt. Das Risikokapital existiert zusätzlich zu den bereits bestehenden Limiten und fungiert als von den strategischen Zielen abgeleitete Beobachtungsgrenze. So können bei Annäherung an diese Grenze bereits frühzeitig Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

Im Berichtsjahr hat die Bank das Kapitalmanagement-Komitee eingeführt. Die Aufgabe dieses Komitees besteht in erster Linie darin, konzernweit Maßnahmen zu koordinieren, die eine optimierte Kapitalstruktur unter Berücksichtigung interner und externer Rahmenbedingungen langfristig sicher stellen. Hierzu wird die Entwicklung der Risikopositionen der wichtigsten Konzerngesellschaften und des Konzerns auf Basis der verabschiedeten

Mittelfristplanung sowohl der internen (ökonomischen) als auch der bilanziellen und der regulatorischen Kapitalausstattung gegenübergestellt.

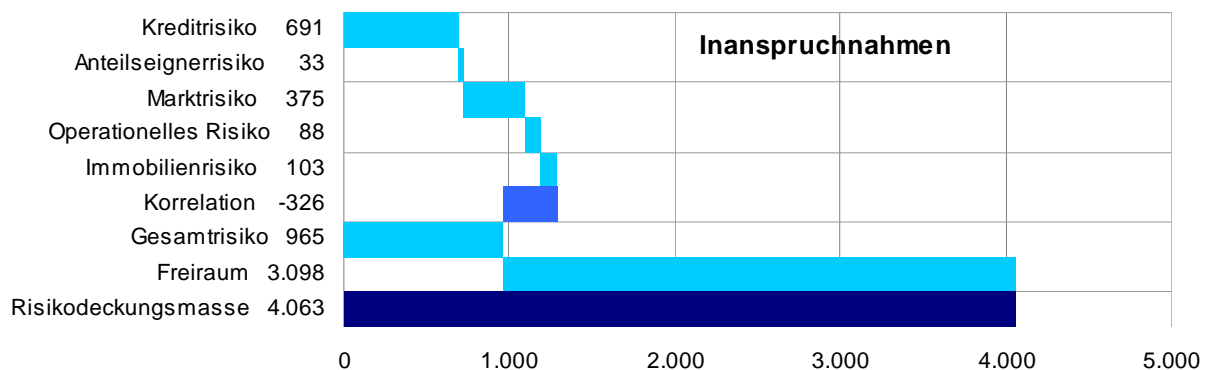
Die interne ökonomische Risikodeckungsmasse wird auf Basis der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel definiert. Zusätzlich werden die Effekte aus der Feststellung des Jahresabschlusses und die Erträge für das laufende Geschäftsjahr berücksichtigt. In der ökonomischen Risikodeckungsmasse werden die Nachrangverbindlichkeiten vollständig angerechnet. Per 31. Dezember 2007 ergab sich auf LBB-Ebene eine Risikodeckungsmasse in Höhe von 4.063 Mio. €; die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel betragen per 31. Dezember 2007 3.951 Mio. €.

Zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit bestehen ein Limitsystem und davon abgeleitete Eskalationsprozesse. Sollte es zu einer Annäherung an eines der Limite kommen, das heißt in der Regel zu einer Risikoauslastung von mehr als 90 %, entscheidet der Vorstand über Maßnahmen, um Limitüberschreitungen zu verhindern.

Auf LBB- und Konzernebene gab es im Berichtsjahr auch im Zeitraum erhöhter Risikowerte im Zusammenhang mit der US-Subprime-Krise jederzeit einen ausreichenden Freiraum, sowohl hinsichtlich der Inanspruchnahmen als auch der gesetzten Limite.

Die prozentuale Inanspruchnahme je Risikoart, das Gesamtrisiko und der daraus resultierende Freiraum stellten sich zum 31. Dezember 2007 in der LBB wie folgt dar:

Inanspruchnahmen nach Risikoarten für die LBB zum 31. Dezember 2007



Aufsichtsrechtliche Kapitaladäquanz (Solvabilitätsverordnung)

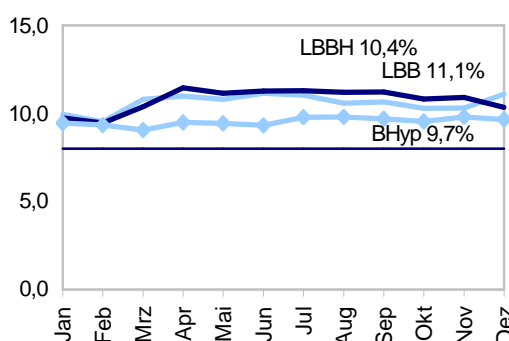
Die Verordnung über die angemessene Eigenmittelausstattung von Instituten, Institutsguppen und Finanzholding-Gruppen (Solvabilitätsverordnung - SolvV), basierend auf den Rahmenbedingungen des II. Baseler Accords (Basel II), ist am 1. Januar 2007 in Kraft getreten.

Durch den Erwerb der Holding durch die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG der Regionalverbandsgesellschaft mbH (RVG, Komplementär) und des DSGVO ö.K. (Kommanditist) gehört die LBB aufsichtsrechtlich zur RVG-Gruppe. Wir weisen hier die aufsichtsrechtlichen Quoten auf Ebene der Holding aus.

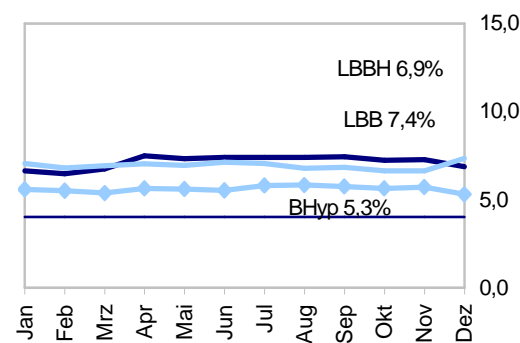
Der Konzern hat erstmalig zum Stichtag 31. März 2007¹ eine Meldung nach der Solvabilitätsverordnung erstellt. Hierbei kommt für die LBB und die LBB International S.A. der auf internen Ratingverfahren basierende Ansatz (IRBA) für das Kreditrisiko zum Tragen. Neben den bisher unterlegungspflichtigen Risiken (Adressenausfall und Marktpreis) ist nunmehr auch das operationelle Risiko separat mit Eigenmitteln zu unterlegen.

Die Berlin Hyp und die netbank AG machen von den Übergangsbestimmungen gemäß § 339 SolvV Gebrauch, für das Jahr 2007 noch nach Grundsatz I zu berichten. Die dargestellten Angaben der Gesamtkennziffer und der Kernkapitalquote beziehen sich auf die der Aufsicht zum jeweiligen Stichtag gemeldeten Werte.

Gesamtkennziffer (SolvV)



Kernkapitalquote (SolvV)



¹ Die Werte für Januar und Februar 2007 sind gemäß GS I ermittelt.

Auf Ebene der RVG ergab sich zum Jahresende eine Gesamtkennziffer (SolV) in Höhe von 15,25 und eine Kernkapitalquote (SolV) in Höhe von 11,95.

Wie aus der Graphik ersichtlich ist, wurden die regulatorisch vorgegebenen Mindestquoten von 8 % bei der Gesamtkennziffer und 4 % bei der Kernkapitalquote sowohl auf Konzern-ebene als auch auf Ebene der Einzelinstitute im Berichtsjahr stets eingehalten.

Adressenausfallrisiken

Das Adressenausfallrisiko wird als das Risiko eines Verlusts oder entgangenen Gewinns aufgrund des Ausfalls eines Geschäftspartners definiert. Dies beinhaltet, dass ein Vertragspartner des Instituts nicht oder nicht fristgerecht leistet oder das Institut selbst aufgrund der Nichtleistung eines Dritten zu leisten verpflichtet ist, sowie das Anteilseignerrisiko, das sich aus der Zurverfügungstellung von Eigenkapital ergibt. Im kommerziellen Kreditgeschäft ist das Adressenausfallrisiko im Falle der Gewährung von Buchkrediten identisch mit dem Kreditrisiko. Wird statt eines Buchkredits ein Wertpapier gehalten, spricht man von einem Emittentenrisiko. Weitere, vor allem im Handelsgeschäft übliche, zum Adressenausfallrisiko zählende Risikokategorien sind das Kontrahentenrisiko (Risiko der potentiell nachteiligen Wiedereindeckung eines Derivategeschäftes bei Ausfall eines Geschäftspartners), das Settlementrisiko (Risiko, dass am Zahlungstermin trotz eigener Leistung keine Gegenleistung erfolgt) sowie das Länderrisiko (Transferrisiko).

In den Darstellungen des Risikoberichts wird das kreditrisikobehaftete Volumen als Current Credit Exposure ausgewiesen. Bei der Ermittlung des Current Credit Exposures werden folgende Punkte berücksichtigt :

- Für Handelsgeschäfte inklusive Wertpapiere und Derivate wird auf Basis von Kontrahenten-, Emittenten- und Kreditnehmerrisiken das Current Credit Exposure berechnet. Zusätzlich werden bei den Kontrahentenrisiken Aufschläge für das Potential Future Exposure berücksichtigt.
- Einige Produkte unterliegen nicht der Bewertungsmethodik nach Buchwert sondern nach tagesaktuellem Barwert . Eventualverbindlichkeiten, die nicht im gebuchten Aktivvolumen enthalten sind, werden in den Current Credit Volumina berücksichtigt.
- Der Konsolidierungskreis sowie Beteiligungen werden unter Risikogesichtspunkten betrachtet.
- Besondere Kreditkonstellationen (z.B. durchgereichte Förderkredite), die kein Risiko für die LBBH darstellen, werden nicht mit einbezogen.

Das Credit Exposure bezeichnet die Summe aus dem Current Credit Exposure und den den Kunden zugesagten, aber nicht gezogenen Limiten.

Das gesamte Current Credit Exposure der LBB betrug zum 31. Dezember 2007 85,1 Mrd. €. Der überwiegende Teil davon entfiel auf die Geschäftsfelder Kapitalmarktgeschäft, Zinsmanagement und Immobilienfinanzierung, wobei der auf das Kapitalmarktgeschäft entfallende Teil aus weitgehend risikoarmen Treasury-Positionen bestand.

Entsprechend der oben genannten Zusammensetzung des Credit Exposures sowie des Current Credit Exposures ergab sich für die LBB zum 31. Dezember 2007 folgende Aufteilung:

Strategisches Geschäftsfeld	Credit Exposure	Current Credit Exposure (CCE)		
		CCE je Geschäftsfeld	davon Kreditrisiken	davon Emittenten-, Kontrahenten- Kreditnehmerrisiken
<i>in Mio €</i>				
Private Kunden	8.868,6	3.119,7	3.119,7	0,0
Firmenkunden	7.281,6	5.466,7	5.466,7	0,0
Immobilienfinanzierungen	14.487,8	12.582,8	12.582,8	0,0
<i>davon Hypothekendarlehen</i>	<i>11.324,2</i>	<i>10.645,0</i>	<i>10.645,0</i>	<i>0,0</i>
Kapitalmarktgeschäft	51.114,1	50.725,8	3.463,1	47.262,7
Zinsmanagement	13.201,1	13.200,5	1,1	13.199,4
Landesbank Berlin AG	94.953,2	85.095,5	24.633,4	60.462,1

Risikominderung

Zur Reduzierung der Adressenausfallrisiken werden in der LBB verschiedene Elemente der Risikominderung eingesetzt. Das wesentliche Element bilden Sicherheiten. Darüber hinaus werden Kontrahentenrisiken des Handels über Vereinbarungen zum Close-Out-Netting reduziert. Diese ermöglichen es, im Falle einer Kreditverschlechterung des Kontrahenten, sogar bei dessen Insolvenz, Forderungen und Verbindlichkeiten gegeneinander aufzurechnen. Zusätzlich werden im Handelsgeschäft weitere risikomindernde Maßnahmen wie der Abschluss von Kreditderivaten und der Austausch von Sicherheiten durchgeführt.

Kreditrisikomessverfahren

Als zentraler Parameter für die Bestimmung der Kreditrisiken wird die Ausfallwahrscheinlichkeit eines Engagements unter Zuhilfenahme von Rating- und Scoringverfahren ermittelt.

Jedes dieser Ratingverfahren dient dem Zweck, für bestimmte Kreditnehmergruppen die Ausfallwahrscheinlichkeit auf Basis statistischer Verfahren valide zu schätzen. Für Privatkunden kommen Scoringverfahren zur Anwendung, die die LBB im Rahmen ihrer Zusammenarbeit mit dem DSGV entwickelt hat.

Im Firmenkundenbereich wird bei Firmen bis zu einem Nettoumsatz von 500 Mio. € ein mit dem DSGV entwickeltes Verfahren eingesetzt. Bei Immobilienfinanzierungen findet das DSGV-Immobilienrating Anwendung. Dieses ermittelt sowohl ein Bonitätsrating des Kunden analog zum DSGV-Firmenkundenrating als auch ein Objektrating basierend auf einer Cashflow-Betrachtung der Immobilie.

Gemeinsam mit den anderen Landesbanken wurden acht Ratingverfahren entwickelt, die die spezifischen Anforderungen bei der Risikoeinschätzung der Kundengruppen der Landesbanken berücksichtigen. Das Corporate Rating findet bei großen inländischen Firmenkunden (ab 500 Mio. € Nettoumsatz) und bei ausländischen Firmenkunden Anwendung. Für Banken, Versicherungen und Leasinggesellschaften stehen eigene Bewertungsverfahren zur Verfügung. Für Flugzeug- und Projektfinanzierungen werden gesonderte Verfahren eingesetzt, bei denen das Ausfallrisiko auf der Grundlage der Simulation von Cashflows beurteilt wird. Für internationale Gebietskörperschaften, Länder und Branchen sind ebenfalls spezifische Systeme entwickelt worden und befinden sich im Einsatz.

Alle in der LBB eingesetzten Risikoklassifizierungsverfahren unterliegen einer permanenten Qualitätskontrolle durch das Kreditrisikocontrolling. Die Weiterentwicklung und Pflege erfolgt durch die S-Rating und Risikosysteme GmbH sowie die Rating Service Unit GmbH & Co. KG. Die LBB arbeitet dort in allen relevanten Arbeitskreisen und Gremien mit.

Die Ratingverfahren sind auf Ausfallwahrscheinlichkeiten gemäß der Ausfalldefinition nach Basel II kalibriert. Über die Ausfallwahrscheinlichkeit werden sie einer der 25 Klassen der DSGV Masterskala zugeordnet.

Die wesentlichen Ratingverfahren wurden im Rahmen der Zulassungsprüfung zum „Internal Rating Based Approach“ unter Basel II durch die Bankenaufsicht analysiert und abgenommen.

Im Rahmen der Kreditanalyse erfolgt die Ermittlung einer Ratingklasse für jeden Kreditnehmer. Die Zuordnung der Ratingklassen zu Ausfallwahrscheinlichkeiten gewährleistet die

Vergleichbarkeit der Kreditnehmerbonitäten über die Segmente hinweg. Die Kreditvergabe-richtlinien und die Kompetenzordnung basieren auf der Risikoklasse. Diese beinhaltet neben der ermittelten Ausfallwahrscheinlichkeit aus dem Rating auch die gestellten Sicherheiten und gibt somit einen Überblick über das Verlustpotenzial eines Engagements.

Die quantitative Analyse der Adressenausfallrisiken auf Basis statistischer Verfahren wird für Kreditportfolien auf Basis eines selbstentwickelten Kreditportfoliomodells durchgeführt. Dieses Modell, das auf einer konzernspezifischen Adaption von Standardmodellen beruht, erlaubt die Aggregation der kreditnehmerbezogenen Adressenausfallrisiken zu einer Risikokennzahl auf Portfolioebene, dem so genannten Credit-Value-at-Risk (CVaR). Diese Kennzahl wird täglich auf Basis der Konfidenzniveaus von 90 % und 99,9 % mit einer Haltedauer von einem Jahr für die wesentlichen Konzern-, Teilbank- und Geschäftsfeldportfolios ermittelt. Sie fließt in den monatlichen Gesamtrisikoreport sowie die Risikotragfähigkeitsberechnungen ein.

Das Kreditportfoliomodell schätzt auf Basis der kreditnehmerspezifischen Inanspruchnahmen, der Besicherung sowie von Korrelationsschätzungen die Wahrscheinlichkeit, dass es zu großen Kreditverlusten kommt. Das eingesetzte Modell reagiert aufgrund seiner Struktur sehr sensitiv auf Klumpenrisiken oder Branchenkonzentrationen und berücksichtigt auch die Gefahr von Länder-Transferereignissen. Die Abbildung des Risikos wird durch eine stochastische Modellierung der Verlustquoten (z.B. der Sicherheitenerlöse) verfeinert.

Kreditüberwachung

Die LBB überwacht das Einzelrisiko ihrer Kreditnehmer mit verschiedenen manuellen und automatisierten Verfahren, um Kreditrisiken früh erkennen und proaktiv managen zu können. In aller Regel werden die Kreditnehmer-Ratings mindestens jährlich aktualisiert. In diesem Rahmen erfolgt auch die regelmäßige Überprüfung von Bestand und Werthaltigkeit der Sicherheiten, die gegebenenfalls einer Neubewertung unterzogen werden. Bei Rating-Verschlechterungen wird über die Art der Fortführung des Engagements entschieden (Näheres hierzu im nachfolgenden Abschnitt „Problemkredite“).

Zur Identifikation von Kreditnehmern, bei denen sich erhöhte Risiken abzeichnen, setzt die LBB Frühwarnsysteme ein. Auf Basis von quantitativen und qualitativen Frühwarnindikatoren werden entsprechende Watchlists erstellt, in denen separat zu untersuchende Kreditnehmer aufgeführt werden.

Die LBB aktualisiert und verfeinert die Qualität ihrer Kreditüberwachung ständig, um den Entscheidungsprozess zu beschleunigen und um die Qualität der verfügbaren Informationen zur Erkennung und Bewertung potentieller Risiken zu verbessern. Das Kreditgeschäft und insbesondere die Kreditprozesse der LBB werden von der internen Revision der LBB regelmäßig überprüft. Daraus werden Maßnahmen für die weitere Qualitätsverbesserung in der Kreditanalyse und Überwachung abgeleitet.

Risikobeschränkung

Adressenausfallrisiken werden auf der Ebene der einzelnen Kreditnehmer wie auch auf Portfolioebene im Rahmen eines strategischen Kreditportfoliomanagements limitiert und gesteuert. Hierfür werden neben der Portfoliobetrachtung auf Grundlage des Credit-Value at Risk-Modells Länderrisiken über eigene Limite gesteuert.

Einzelkreditnehmerlimite

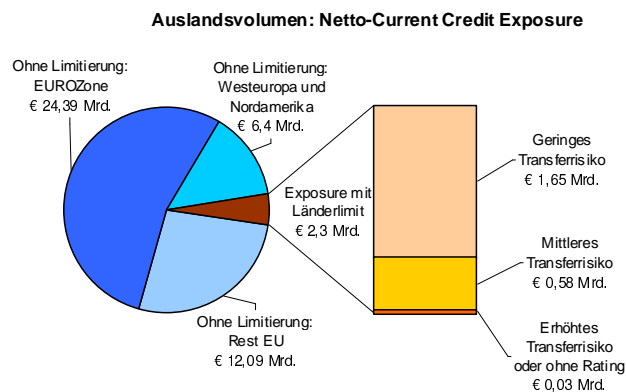
Die Adressenausfallrisiken werden auf Einzelkreditnehmer-Ebene durch individuelle Limite für Kreditnehmer beziehungsweise Kreditnehmereinheiten in den Dimensionen Betrag, Laufzeit und Geschäftsart begrenzt. Diese Limite werden systematisch erfasst und einem täglichen Controllingprozess unterworfen.

Im Mengenkreditgeschäft, das standardisierte Kredite wie Raten- und Dispositionskredite umfasst, werden weitgehend maschinell unterstützte Verfahren zur Bewilligung eingesetzt. Die alleinige Beschlusskompetenz bis zu einer Höhe von 100.000 € liegt bei diesen Produkten im Marktbereich, wobei die Entscheidung durch ein maschinelles Scoring unterstützt wird. Bei größeren Engagements ist zusätzlich ein Votum durch die Marktfolge erforderlich. Für das nicht in standardisierten Prozessen abzuwickelnde Geschäft werden individuelle Kreditentscheidungen in klar definierten Prozessen abhängig von der Engagementhöhe und dem Risikogehalt getroffen. Die Bearbeitung und die Entscheidung über Engagements oberhalb von 50.000 € erfolgt dabei grundsätzlich vom Marktfolgebereich.

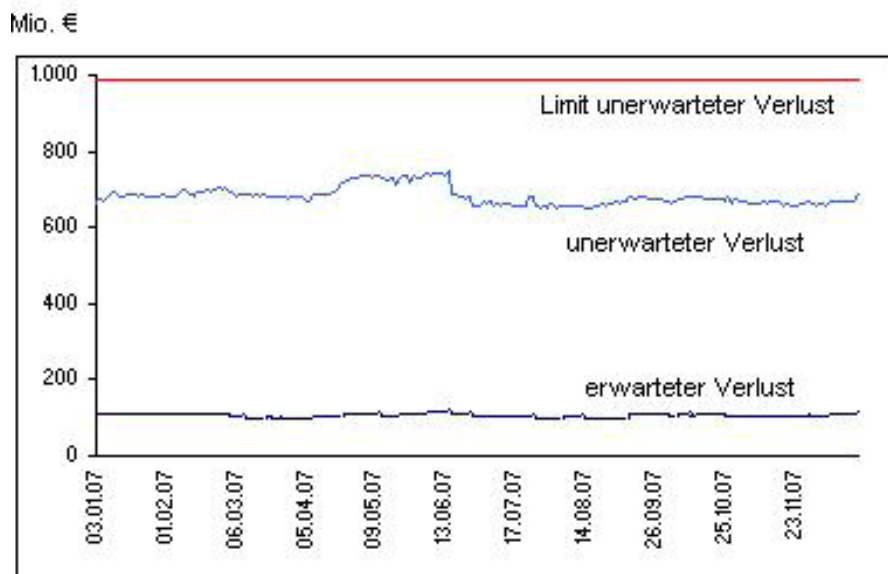
Portfoliosteuerung

Das Neugeschäft und der Kreditbestand werden täglich durch Portfoliolimite auf Basis des Kreditportfoliomodells begrenzt. Dazu existieren Limite für den erwarteten wie auch den unerwarteten Verlust zu verschiedenen Konfidenzniveaus der Portfolios der Geschäftsfelder wie auch der Teilbanken und des Konzerns. Zusätzlich werden Länder- und Transferrisiken über volumenbasierte Länderlimite beschränkt. Die Limithöhen werden unter Berücksichtigung volkswirtschaftlicher Einflüsse und der tatsächlichen Entwicklung des Kreditportfolios vom Vorstand auf Empfehlung des Kreditrisikokomitees beschlossen.

Länderlimite beschränken das Current Credit Exposure nach Berücksichtigung der Sicherheiten, das so genannte Netto-Current Credit Exposure. Wie in der folgenden Grafik dargestellt, entfallen von diesem Auslandsvolumen 95 % auf Länder in Westeuropa und Nordamerika mit bester Bonität (das heißt mit einer internen Ratingeinstufung besser als 1 (AA-)). Diese unterliegen keiner Limitierung.



Der unerwartete Verlust zum Konfidenzniveau in Höhe von 99,9 % geht in die Risikotragfähigkeit ein. Im Folgenden ist für die LBB der erwartete Verlust, der unerwartete Verlust sowie dessen Limit im Jahresverlauf 2007 dargestellt.

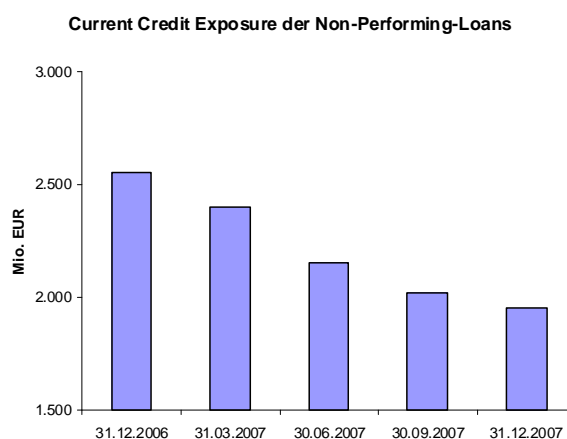


Neben dieser Limitierung erfolgt ein regelmäßiges Reporting der Kreditvolumen nach weiteren Kategorien. Eine gesonderte Votierungseinheit des Risikocontrollings gibt ein zusätzliches Votum für Kreditengagements ab, für die der Gesamtvorstand zuständig ist. Zusätzlich prüft sie die Portfolioverträglichkeit von Großengagements.

Behandlung von Problemkrediten

Das Current Credit Exposure der Problemkredite ist durch Einzelwertberichtigungen sowie infolge der Anrechnung von Sicherheiten weitgehend abgesichert.

Der Anteil der Non-Performing-Loans, das heißt der ausgefallenen Kredite, am Gesamtexposure der LBB ging auch 2007 weiter zurück. Er betrug zum 31. Dezember 2007 2,3 % des Current Credit Exposure. Die folgende Grafik verdeutlicht den Rückgang der Non-Performing-Loans (Risikoklasse 16-18) in den letzten Quartalen.



Bildung der Kreditrisikovorsorge

Gefährdete Engagements fallen prinzipiell in die Bearbeitungszuständigkeit und Verantwortung der Risikobetreuungsbereiche, bei denen auch die Kompetenz für Einzelwertberichtigungen liegt. Oberhalb definierter Betragsgrenzen entscheiden einzelne Vorstandsmitglieder oder der Gesamtvorstand der LBB über die Höhe der Einzelwertberichtigung.

In einem Report an den Vorstand wird auf monatlicher Basis sowohl über die unterjährig gebildete Risikovorsorge als auch über die erwartete weitere Entwicklung berichtet. Die Höhe der Einzelwertberichtigungsvorschläge beruht auf fest definierten Kriterien, die unter anderem von der Art der Sicherheit beziehungsweise vom Status des Engagements (Sanierung oder Abwicklung) abhängen.

Auch für Engagements, die keine Einzelwertberichtigung erhalten, wird im Sinne einer Portfoliobetrachtung der Kreditrisikovorsorgebedarf ermittelt. Bei dessen Berechnung gehen die gegebenenfalls veränderten Ergebnisse der oben beschriebenen Parameter des Kreditrisikomessverfahrens (z.B. Rating, Ausfallwahrscheinlichkeit, Loss-Given-Default-Quote) ein.

Anteilseignerrisiken

Die Anteilseignerrisiken sind in die internen Risikotragfähigkeitsberechnungen integriert. Bei der Ermittlung des Risikokapitals für Beteiligungen werden neben den Buchwerten auch Ausfallwahrscheinlichkeiten, Haftungsverhältnisse und gegebenenfalls Liquidationszeiträume sowie Experteneinschätzungen berücksichtigt. Hierdurch wird sichergestellt, dass Risiken, die mit der Eigenkapitalvergabe verbunden sind, möglichst vollständig abgebildet werden. Ein Backtesting der Ergebnisse wird jährlich durchgeführt und bestätigt die Güte der Risikobestimmung. Im Berichtsjahr wurden Szenariobetrachtungen, z. B. Ausfall der Gesellschaft mit dem höchsten Exposure, entwickelt und in das Reporting integriert.

Die Beteiligungen des Konzerns sind grundsätzlich den Geschäftsfeldern zugeordnet. Eine Ausnahme bilden lediglich bestimmte Unternehmen, die in erster Linie zentrale Dienstleistungen erbringen und deshalb zentral verantwortet werden. Das für das jeweilige Geschäftsfeld steuerungsverantwortliche Management legt sowohl die operativen als auch strategischen Ziele der Beteiligungen als Voraussetzung für eine daraus abzuleitende operative

Planung und Steuerung fest. Die Beteiligungen sind Bestandteil der Risikostrategie des Geschäftsfelds, dem sie zugeordnet sind.

Der Vorstand der LBB wird monatlich über die Risikolage informiert.

Unter der Prämisse der Risikodiversifikation und des risikostrategischen Ansatzes, sich auf strategisch vorteilhafte Beteiligungen zu fokussieren, werden folgende Teilportfolien gebildet:

- das Kerngeschäft fördernde Produktlieferanten
- das Kerngeschäft fördernde Vertriebskanäle
- Beteiligungen an Dienstleistern
- Verbundbeteiligungen
- Bündelung des Immobilienbestands der LBB
- Finanzbeteiligungen.

Daneben stehen die zur Desinvestition vorgesehenen Beteiligungen wie insbesondere nicht mehr operativ tätige Gesellschaften, Gesellschaften in stiller Liquidation sowie Restrukturierungsaktivitäten.

Veränderungen im wirtschaftlichen Umfeld der Beteiligungen werden regelmäßig durch ein Benchmarking mit externen Branchenratings festgestellt und analysiert.

Die Risiken aus Grundstücksgesellschaften, die in der Vergangenheit unter Anteilseignerrisiken ausgewiesen wurden, erscheinen in der Kategorie Immobilienrisiko. Darüber hinaus werden einige Gesellschaften nicht mehr dem Anteilseignerrisiko zugeordnet. Stattdessen erfolgt eine detailliertere, risikoartenbezogene Betrachtung und entsprechend der Ausweis unter Markt-, Immobilien- oder Adressenausfallrisiko, je nach Art der in der Gesellschaft vorhandenen Risiken. Insgesamt hat sich das Anteilseignerrisiko gegenüber dem Vorjahr in der LBB um 13 % reduziert.

Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko ist die Gefahr, dass die LBB zu irgendeinem Zeitpunkt nicht in der Lage sein könnte, ihren ordnungsgemäßen Zahlungsverpflichtungen fristgerecht und im vollen Umfang zu entsprechen (Zahlungsfähigkeit). Es wird in das Beschaffungs- und das Fristenrisiko unterteilt.

Das Beschaffungsrisiko stellt das Risiko dar, kurzfristigen fälligen offenen Zahlungsverpflichtungen in den nächsten 30 Tagen bei einem versperrten Zugang zum unbesicherten Geldmarkt im Krisenfall nicht mehr nachkommen zu können.

Das Fristenrisiko beinhaltet die Gefahr, fällige, ursprünglich mittel- und längerfristige Refinanzierungsmittel, denen keine entsprechende Aktivfälligkeit gegenüber steht, aufgrund von Bonitätsproblemen oder aus marktbedingten Gründen nur noch kurzfristig prolongieren zu können.

In der LBB wird das Liquiditätsrisiko nach § 11 KWG und dem internen Liquiditätsrisikomessverfahren überwacht. § 11 KWG regelt, dass Kreditinstitute ihre Mittel so anlegen müssen, dass jederzeit eine ausreichende Zahlungsbereitschaft gewährleistet ist. Die Liquidität wird als ausreichend angesehen, wenn die Liquiditätskennziffer mindestens 1,0 beträgt.

Die Liquiditätskennziffern in der LBB gemäß „Verordnung über die Liquidität der Institute (Liquiditätsverordnung)“, die mit dem 1. Januar 2007 in Kraft trat und den Grundsatz II ersetzt, betragen per 31. Dezember 2007:

Teilinstitut	2007	2006
Landesbank Berlin	1,61	1,88

Messung und Limitierung von Liquiditätsrisiken

Zusätzlich wird für die LBB ein deutlich über die Liquiditätsverordnung hinausgehendes Liquiditätsrisiko-Controlling durchgeführt, das den bankinternen Rahmen für die Messung und Limitierung von Liquiditätsrisiken bildet und den Bedürfnissen des Konzerns angepasst ist.

Grundlage für alle Liquiditätsrisiko-Betrachtungen durch das Risikocontrolling ist die Kapitalablaufbilanz, die das Cashflow-Profil der Bank abbildet. Bestandteil der Kapitalablaufbilanz sind Annahmen über die Prolongation von Aktivfälligkeiten sowie die Aussteuerung von konzerninternen Zahlungen, um die tatsächliche Liquiditätswirksamkeit jedes Cashflows korrekt darzustellen.

Hiervon ausgehend werden im kurzfristigen Bereich mit einer Laufzeit von bis zu 30 Tagen die täglich zu deckenden Refinanzierungssalden ermittelt. Diese werden durch das Risikocontrolling daraufhin überwacht, dass auch unter restriktiven Annahmen die jederzeitige Liquidität des Konzerns gewährleistet ist. Die Annahmen unterstellen dabei in unterschiedlicher Ausprägung den Abfluss kurzfristiger Einlagen, die Ziehung zugesagter Kreditlinien und Abschläge bei der Verwertung von Wertpapierbeständen zum Zwecke der Liquiditätsgenerierung. Die hierbei getroffenen Annahmen gehen zum Teil von deutlich höheren Liquiditätsbelastungen aus als sie durch die Liquiditätsverordnung angenommen werden und sind somit im Hinblick auf die Beurteilung der Liquiditätssituation deutlich konservativer. Zudem wird in allen Szenarien einheitlich unterstellt, dass der Zugang zu unbesicherten Refinanzierungsquellen nicht mehr zur Verfügung steht und die Refinanzierung für jeden Tag im betrachteten Zeitraum ausschließlich über die freien Wertpapierbestände zu sichern ist. Hierbei wird die potenzielle Liquidierbarkeit jedes Wertpapiers im Hinblick auf Verwertungszeiträume und Verwertungskosten berücksichtigt.

An diese Risikobetrachtung schließt sich im Laufzeitbereich von 31 bis 360 Tagen die Limitierung der Refinanzierungssalden in diesen Fälligkeiten an. Hierzu werden die Cashflows in verschiedene, teilweise überlappende Laufzeitbänder eingeteilt. Dadurch wird in einem unterstellten Krisenfall, in dem der Zugang zur mittel- und längerfristigen unbesicherten Geldmarktrefinanzierung beeinträchtigt ist, der zusätzliche Bedarf an kurzfristigen Refinanzierungsmitteln begrenzt. Die Obergrenzen der Limite basieren auf der für den gesamten Zeitraum verfügbaren Wertpapierliquiditätsreserve.

Neben dieser Begrenzung durch die unverbrauchte Liquiditätsreserve werden die Salden auch nominell limitiert.

Eine Darstellung der Liquiditätsrisikosituation, der aktuellen Risikoausnutzungen und des kurzfristigen Refinanzierungsbedarfs wird dem Vorstand im zweiwöchentlichen Turnus im Rahmen der Sitzungen des Dispositionsausschusses sowie monatlich im Rahmen des Top – Management Reporting zur Verfügung gestellt. Das Reporting beinhaltet die Überwachung von Vorwarnstufen, bei deren Erreichen definierte Eskalationsmaßnahmen greifen. Die Auslastung der Limite war 2007 sowohl für das Beschaffungs- als auch für das Fristenrisiko zum Jahresende und auch im Jahresverlauf unbedenklich.

Steuerung der Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsmanagement erfolgt konzernweit durch das Geschäftsfeld Treasury. Dabei wird das gleiche System und die gleiche Methodik genutzt wie bei der internen Feststellung der Liquiditätsrisiken durch das Risikocontrolling. Ziel des Liquiditätsmanagements ist es, auch unter krisenhaften Bedingungen stets über ausreichend gesicherte Liquidität gemäß der oben beschriebenen Methodik zu verfügen, sowohl bei kurzfristigen Engpässen als auch bei andauernden allgemeinen oder institutsspezifischen Liquiditätskrisen.

Risikokonzentrationen

Die Liquiditätsrisikopolitik der LBB beruht auf dem Halten ausreichender Bestände liquidierbarer Aktiva zur Abdeckung faktischer sowie aus Stresstests berechneter Liquiditätsbelastungen.

Regionale Konzentrationen ergeben sich, bedingt durch den Standort der LBB, bei den Kundeneinlagen mit deutlichem Schwerpunkt der Herkunft aus Berlin/Brandenburg. Der Schwerpunkt der Interbankenrefinanzierung liegt weiter verteilt zu ca. 80 % im deutschen Raum. Bei den verbrieften Verbindlichkeiten ist diese Verteilung ähnlich, wobei der Auslandsanteil der Platzierungen auf 30 % geschätzt wird. Die Neuemissionen der LBB wurden 2007 strategiekonform in kürzeren Laufzeiten emittiert. Dabei wurde ein etwas höherer Anteil an Inlandsplatzierungen beobachtet.

Marktpreisrisiken

Die LBB geht Marktpreisrisiken in Form von Zins-, Währungs- und Aktienrisiken sowie sonstigen Preisrisiken in den Geschäftsfeldern des Kapitalmarktgeschäfts (Handel) sowie im Zinsmanagement (Bankbuch) ein.

Handels- und Bankbuchaktivitäten

Die Handelsaktivitäten sind in die schriftlich fixierten Einzelstrategien der jeweiligen Geschäftsfelder des Kapitalmarktgeschäfts eingebunden. Sowohl für Handels- als auch Bankbuchaktivitäten wird auf Basis des Risikotragfähigkeitskonzepts und der Jahresplanung

der strategische Rahmen in konkrete Marktpreisrisikolimiten (Value-at-Risk² (VaR)-Limen) transformiert und vom Vorstand der LBB verabschiedet.

Marktpreisrisikolimiten und -inanspruchnahmen in der LBB 2007

in Mio. €

Capital-at-Risk LBB AG 2007

Einheit	Durchschnitt		Minimum		Maximum		Limit per	
	2007	2006	2007	2006	2007	2006	31.12.2007	31.12.2006
Trading	23,46	5,46	14,26	0,47	40,07	23,00	81,29	40,00
Client Business	5,94	1,65	2,74	0,03	11,63	9,34	25,00	25,00
Treasury	41,16	13,39	11,39	3,97	91,03	29,56	160,00	60,00
Internationales Geschäft	2,76	0,81	1,88	0,08	4,03	2,93	5,00	5,00
Kapitalmarktgeschäft LBB	59,50	17,64	28,77	4,25	107,08	39,46	175,00	
Bankbuch Landesbank	22,07	28,73	8,03	10,60	41,96	43,60	150,00	250,00
LBB (gesamt)	70,22	40,28	36,01	12,03	124,84	76,64	325,00	325,00
Aktienrisiko	23,80	5,87	13,16	0,13	40,60	24,60		
Währungsrisiko	4,86	2,50	0,81	0,04	13,04	11,08		
Zinsrisiko	36,13	37,63	16,44	9,72	66,90	73,04		
Credit Spread Risiko	36,54	15,17	10,80	2,55	84,18	37,95		
LBB (gesamt)	70,22	40,28	36,01	12,03	124,84	76,64		

Aufgrund von Diversifikationseffekten errechnen sich die Werte nicht als Summe aus den Einzelaktivitäten.

Risikokonzentration

Im täglichen MaRisk-Reporting der LBB werden ausführlich Detail- und Einzelrisiken dargestellt. Hinzu kommen eine große Anzahl vorgegebener Detail-Stresstests, ein variabler Stresstest entgegen der augenblicklichen Positionierung sowie szenarioweise Risikoberechnungen mit veränderten Korrelationen. Diese Darstellungen dienen dazu, Konzentrationsrisiken aufzuzeigen und zu vermeiden.

Zinsänderungsrisiken

Die Ungewissheit über die künftige Änderung der Marktzinsen und einen damit verbundenen Verlust stellt für Banken ein bedeutendes Risiko dar. Dieses Risiko wird im Konzern im Rahmen der VaR-Berechnungen bestimmt. Es ist limitiert und wird regelmäßig überwacht.

² 10-tägiges Value-at-Risk auf einem Konfidenzniveau von 99 %

Das Zinsänderungsrisiko wird insgesamt gesteuert und berücksichtigt alle anfallenden Cashflows.

Die LBB ist gegenüber Zinsschwankungen weitgehend neutral aufgestellt. Das Exposure im Konzern ist im Vergleich zum Vorjahr auf dem gleichen Niveau verblieben.

Darüber hinaus werden Szenario-Berechnungen angestellt, bei denen die Auswirkungen einer allgemeinen Erhöhung der Zinsen um 100 Basispunkte auf das Gesamtportfolio des Konzerns ermittelt werden.

in Mio. €	Konzern	Landesbank Berlin	Berlin Hyp	andere
Stresstest Ende 2007	-176,9	-152,7	-21,5	-2,7
Stresstest Ende 2006	-277,1	-223,7	-45,0	-8,4

Währungsrisiken

Die LBB geht keine wesentlichen Positionen im Währungsbereich ein. Das aufgezeigte Kursrisiko stammt überwiegend aus Restbeträgen aus Kundengeschäften, aus der Liquiditätssicherung in Fremdwährung und aus einzelnen Handelspositionen mit Vermögenswerten in Fremdwährung. Es liegt für keine Währung ein signifikantes Risiko vor.

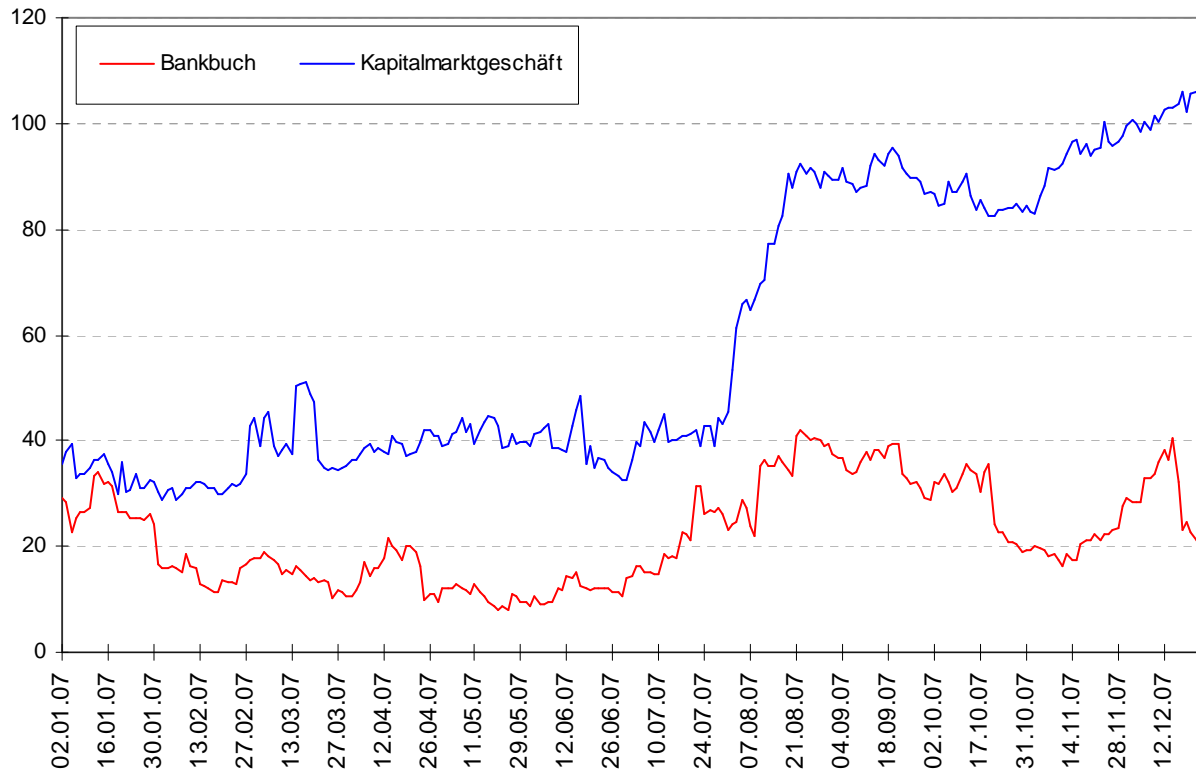
Aktien und Fondsrisiken

Aktienrisiken resultieren vorrangig aus Handelsstrategien im Trading sowie aus Überhängen im Emissionsgeschäft von strukturierten Aktienprodukten. Verluste treten überwiegend bei fallenden Aktienkursen auf.

Im Jahresverlauf 2007 hielt die Bank Bestände in Rentenfonds, Aktienfonds, Mischfonds, Hedgefonds und Immobilienfonds, überwiegend im Anlagebuch. In der Risikomessmethodik werden Fonds wie Aktien behandelt. Hinzu kommen gesonderte Stresstests für Rentenfonds, Hedgefonds und Immobilienfonds.

Im Jahresverlauf 2007 ergaben sich die folgenden Auslastungen für das Kapitalmarktgeschäft (Handel; Limit 175 Mio. €) und das Bankbuch (Limit 150 Mio. €):

Marktpreisrisiko der LBB in Mio. €



Steuerung der Marktpreisrisiken

Die Risikosteuerung für die Handelsaktivitäten erfolgt durch die Front-Office-Bereiche auf der Grundlage der Marktpreisrisikolimit/-auslastungen, der Stresstests und der Gewinn- und Verlust (P&L)-Analysen pro Geschäftsfeld und pro Handelstisch beziehungsweise Händler. Sie wird ergänzt durch Tages- und Jahresverlustlimite und weitere, je nach Geschäftsfeld unterschiedliche, auf den jeweiligen Geschäftstypus zugeschnittene Front-Office-Verfahren (z. B. Szenario-Matrix-, Shift-Sensitivitäten-, Basis-Point-Value-, Duration-Limite oder Vega-Limite). Die Ergebnisse der täglichen Risiko- sowie P&L-Analysen werden an das für das Risiko-Controlling sowie für das Kapitalmarktgeschäft zuständige Vorstandsmitglied der LBB berichtet.

Die Risiko- und Ertragsüberwachung für das Bankbuch erfolgt ebenfalls täglich auf Basis der Verfahren, die zur Kontrolle der Handelsgeschäfte eingesetzt werden. Ökonomische Ertragseffekte (Substanzwertveränderungen) werden analysiert, was die Steuerung unter Barwert- und Laufzeitgesichtspunkten ermöglicht. Darüber hinaus werden Analysen hinsichtlich des laufenden Ertrags, insbesondere des Zinsüberschusses, erstellt, wodurch die Steuerung der Gewinn- und Verlustrechnung weiter fundiert wird. Mindestens 14-tägig berät und entscheidet der Dispositionsausschuss des Vorstands über eine geschäftspolitische Neubewertung und gegebenenfalls Neuausrichtung des eingegangenen Zinsänderungs- und Kursrisikos.

Kontrolle der Marktpreisrisiken

Im Dezember 2004 wurden die internen Verfahren (Full-use-Modell inklusive besonderer Kursrisiken und Währungsrisiken) zur Marktpreisrisikoüberwachung aufsichtsrechtlich anerkannt. Seitdem werden die Risiken aus den Handelsbuchaktivitäten der LBB auf Basis dieses internen Modells gemeldet. Die Eigenkapitalbindung wurde dadurch erheblich reduziert.

Eingebettet in die Überwachung der Marktpreisrisiken ist ein System von risiko- und verlustbegrenzenden Limitierungen und damit zusammenhängenden Verfahrensregelungen. Regelmäßig und bei Bedarf tritt ein Allgemeine-Produkt-Komitee zusammen, um Risiken und organisatorische Auswirkungen aus neuen Geschäftstypen zu beurteilen und die erforderlichen Schritte bis zu deren Einführung zu überwachen. Die endgültige Genehmigung eines neuen Produkts erfolgt durch den jeweiligen Vorstand auf einvernehmlichen Vorschlag des Allgemeinen-Produkt-Komitees. Vergleichbare Verfahren gelten für Aktivitäten auf neuen Märkten.

Methodik der Risikomessung bei Marktpreisrisiken

Methodisch basieren die angewendeten Verfahren zur Risikomessung (VaR-Auslastung) auf einem analytischen Delta-Gamma-Ansatz unter Einbeziehung von Volatilitätsrisiken auf Basis einer Haltedauer von zehn Tagen und einem Konfidenzniveau von 99 %. Spreadrisiken des zinstragenden Geschäfts werden durch Berücksichtigung von Government-, Pfandbrief- und Swapkurven explizit gemessen. Individuelle Kursrisiken werden bei zinsbezogenen Produkten über implizite Ausfallintensitäten berechnet. Bei aktienkursbezogenen Produkten erfolgt die Aufteilung in einen aktienindexbezogenen und einen individuellen Teil

(Single Index Model). Dieses Verfahren versetzt die LBB in die Lage, auch Sonderbewegungen außerhalb des Markttrends einzelner Titel im Risikomodell abschätzen zu können. Optionsrisiken werden in Form von Gamma- und Vega-Risiken integrativ erfasst.

Die Korrelationen der ca. 2.000 Risikofaktoren werden je Geschäftsfeld und für den Gesamtbankausweis vollständig berücksichtigt. Über die genannten Regelungen hinaus wird der Risikogehalt der Positionen mittels Stresstests in einer Vielzahl unterschiedlicher Szenarien (historische, feste sowie exposurebezogene Szenarien) täglich untersucht und an die Vorstände berichtet.

Die Prognosegüte der Modelle wird mittels Clean Backtesting (Überprüfung der eintägigen Wertänderungen eines konstant gehaltenen Portfolios im Nachhinein) ermittelt. Seit dem Jahr 2002 wurden bei Backtestüberprüfungen in allen Bereichen Ergebnisse erzielt, die eine hohe Prognosegüte bestätigen. Die Gültigkeit der Modellannahmen wird durch weitere mathematische Methoden regelmäßig analysiert.

Mit der Aktualisierung der Risiko- und Ergebnisberechnung für die Handelsgeschäfte im 15-Minuten-Rhythmus geht das Marktrisiko-System der LBB deutlich über die MaRisk hinaus und ermöglicht auch im Tagesverlauf eine effektive Überwachung der Handelsaktivitäten.

Reporting der Marktpreisrisiken

Der Konzern hat ein umfassendes und differenziertes Risikoreporting bei Marktpreisrisiken eingerichtet:

- Intraday-Monitoring der Risiken und Erträge der Handelsbereiche (alle 15 Minuten)
- Täglicher Bericht gemäß MaRisk an die zuständigen Fach-Vorstandsmitglieder
- 14-tägiger Aktiv-Passiv-Report für die Beratungen im Dispositionsausschuss
- Monatlicher Bericht gemäß MaRisk an den Konzernvorstand mit Erläuterung der Entwicklung im Monatsverlauf.

Die in der LBB eingesetzten Risikokontrollverfahren haben sich in allen Marktsituationen des Berichtsjahres bewährt. Dies gilt insbesondere für die außergewöhnlichen Marktentwicklungen in Folge der Subprime-Krise. Risiken werden zeitnah erkannt, berichtet und von den Entscheidungsträgern gesteuert.

Immobilienrisiken

Das Portfolio der eigenen Immobilien besteht aus Objekten, die im Anlagevermögen der Konzernbanken bilanziert werden oder sich in eigenen Grundstücksgesellschaften befinden. Des Weiteren zählen dazu die Immobilien, deren wirtschaftliches, nicht aber rechtliches Risiko dem Konzern zuzuordnen ist. Hauptsächlich sind dies die so genannten Finance-Lease-Objekte wie zum Beispiel die Bürogebäude „Dienstleistungszentrum“ und „Alexanderhaus“.

Die Risiken werden regelmäßig überwacht und nach dem VaR-Verfahren gemessen. Das Exposure - aktuelle Buchwerte, Impairment- beziehungsweise Gutachtenwerte - der Objekte wird einzelnen standort- und nutzungsbezogenen Immobilienindizes zugeordnet, deren Volatilität auf Basis der Preisentwicklung der vergangenen 15 Jahre berechnet wird. Bei der Aggregation der Risiken werden auch Korrelationen zwischen den Immobilienindizes berücksichtigt. Im Berichtsjahr wurden Szenariobetrachtungen, z. B. Veränderung der Volatilitäten, entwickelt und in das Reporting integriert.

Die Steuerung der Immobilienrisiken erfolgt auf Basis der eigenständigen Risikoart „Immobilienrisiken“, für die sowohl für den Konzern als auch die strategischen Geschäftsfelder (SGF) Limite festgelegt worden sind und deren Auslastung turnusmäßig überwacht wird. Das Reporting erfolgt vierteljährlich. Das Risiko ist im Jahresverlauf 2007 um 11 Mio. € gesunken.

Operationelle Risiken

In der LBB wird das operationelle Risiko gemäß § 269 Abs. 1 SolvV definiert als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein, beinhaltet aber nicht strategische Risiken und Reputationsrisiken. Unter Rechtsrisiken verstehen wir Risiken aus der Verletzung geltender sowie sich ändernder rechtlicher Bestimmungen, insbesondere von vertraglichen, gesetzlichen oder gerichtlich entwickelten Rechtsvorschriften. Dies umfasst das Risiko von Verstößen gegen Rechtsbestimmungen aufgrund von Unkenntnis, nicht ausreichend sorgfältiger Rechtsanwendung (nachlässige Interpretation), fahrlässigen Handelns oder nicht zeitgerechter Umsetzung.

Organisationsstruktur

Das Controlling operationeller Risiken liegt in zentraler Verantwortung im Bereich Controlling. Diese unabhängige Einheit ist für die Entwicklung eines Rahmenwerks operationeller Risiken, das heißt Strategie, Grundsätze und Verfahren der Identifizierung, Messung, Bewertung, Überwachung, Analyse und Berichterstattung sowie Entwicklung von Verfahren zur Steuerung des operationellen Risikos, verantwortlich und sorgt für deren Umsetzung und Anwendung. Außerdem befasst sie sich mit der Überwachung und Anwendung bestehender und neuer aufsichtsrechtlicher Auflagen. Änderungen des Rahmenwerkes werden dem Risikovorstand zur Abstimmung vorgelegt.

Gemäß der Strategie des Konzerns für operationelle Risiken obliegt die Umsetzung des oben genannten Rahmenwerks und das tägliche Management operationeller Risiken den Unternehmensbereichen im Rahmen ihrer Ergebnisverantwortung.

Das OpRisk-Komitee ist ein Gremium für alle Fragen zum Controlling und Management operationeller Risiken. Es unterstützt den Vorstand bei der Wahrnehmung seiner Überwachungsfunktion bei operationellen Risiken. Das Komitee setzt sich aus den Vertretern der Geschäfts- sowie der zentralen Bereiche und Konzerngesellschaften zusammen. Das Gremium dient unter anderem dem Informationsaustausch über neue Controlling-Instrumente und über die aktuelle Risikoentwicklung sowie der Klärung von Fragen zu operationellen Risiken (z. B. zu neuen aufsichtsrechtlichen Regelungen). Auch dient es der Förderung der Risikokultur in der Bank. Über die gefassten Beschlüsse des OpRisk-Komitees wird der verantwortliche Ressortvorstand (Risikovorstand) in Kenntnis gesetzt.

Risikosteuerung und -überwachung

Das operationelle Risiko ist in das Risikotragfähigkeitskonzept zur Gesamtrisikosteuerung der LBB einbezogen. Auf Basis des konzernweit gültigen Rahmenwerks wird das operationelle Risiko gesteuert. Dabei werden das operationelle Risikoprofil im Vergleich zur Risikoneigung der LBB festgelegt und Maßnahmen wie auch Prioritäten zur Risikominderung definiert. Die aktuelle Situation operationeller Risiken wird dem Gesamtvorstand monatlich berichtet. Spezielle detaillierte Reports über operationelle Risiken für die einzelnen strategischen Geschäftsfelder werden jährlich erstellt und dem zuständigen Vorstand und den dezentralen OpRisk-Verantwortlichen zur Verfügung gestellt.

Zur effizienten Steuerung des operationellen Risikos werden verschiedene Instrumente angewendet, unter anderem:

- Das Self-Assessment (qualitative OpRisk-Inventur), welches nach dem bottom-up-Ansatz durchgeführt wird,
- die Szenarioanalyse, welche zur Bestimmung des Verlustpotenzials der kritischen Szenarien der Bank verwendet wird,
- die Schadensfallsammlung (intern/extern),
- das Frühwarnsystem (Erfassung und Überwachung von Risikoindikatoren),
- das Maßnahmencontrolling: identifizierte Maßnahmen aus Schadensfällen beziehungsweise Risikoindikatoren und Self-Assessment werden erfasst und überwacht,
- Ein Risikotransfer durch Versicherungsschutz für verschiedene Sachverhalte (zum Beispiel Vermögensschäden) ist installiert; derzeit wird der Einsatz einer speziellen Versicherung gegen OpRisk-Schadensfälle geprüft.

Die LBB hat eigene Software-Tools zur Erarbeitung/Verwaltung und zum Reporting der obengenannten Daten entwickelt.

Messung der operationellen Risiken – Angemessenheit der Eigenmittelausstattung

Für die aufsichtsrechtliche Eigenkapitalanforderung verwendet die LBB derzeit den Standardansatz gemäß § 272 SolvV. Nach den Vorschriften des Standardansatzes wurde im Jahr 2007 eine regulatorische Eigenkapitalunterlegung in Höhe von 133 Mio. € ermittelt.

Die LBB hat ihr Modell zur Berechnung des internen Kapitals (ökonomischen Kapitals) weiter verfeinert. Die Modellkomponenten sind:

- Loss Distribution Approach (vergangenheitsorientierte Verlustverteilung),
- Ausprägungen der Risikoindikatoren (Bewertung anhand eines Ampelstatus),
- Schadensanalyse, insbesondere der Großschäden,
- Szenarioanalyse (Festlegung des zukünftigen Verlusts für die kritischen Szenarien).

Insbesondere zur besseren Einschätzung des Risikos aus Großschäden wurde die Szenarioanalyse verbessert und der Loss Distribution Approach (LDA) eingeführt. Der LDA ist ein statistisch-mathematisches Modell zur Bestimmung von Verlusthöhen, welches auf Schadensanalysen basiert und in den Prozess der Bestimmung des operationellen Risikos (Bestimmung des ökonomischen Kapitals) integriert ist. Das Ergebnis aus dem Zusammenspiel der oben genannten Modellkomponenten ist eine spezifische Risikoschätzung für jedes

untersuchte strategische Geschäftsfeld. Diese ergibt in der Aggregation über alle Geschäftsfelder und einbezogenen Konzerngesellschaften das operationelle Risiko des Konzerns (ökonomische Kapitalanforderung).

Die Risikoberechnung nach dem internen Modell ergab per 31. Dezember 2007 einen Wert von 88 Mio. €, der in der Risikotragfähigkeitsberechnung der LBB berücksichtigt wird.

Es werden regelmäßig entsprechende vergangenheits- und zukunftsorientierte Risikoindikatoren untersucht, um rechtzeitig eine negative Entwicklung der oben genannten Risiken zu erkennen. Im Jahr 2007 waren keine bestandsgefährdenden Entwicklungen zu verzeichnen.

Personalrisiken

Die LBB überwacht und steuert das Personalrisiko gemäß den vier Risikofaktoren der MaRisk mit dem Ziel, negative Tendenzen zu identifizieren und geeignete Maßnahmen einzuleiten, um Risiken zu verhindern beziehungsweise zu minimieren:

- **Fluktuationsrisiko:** Durch geeignete Vertretungsregelungen in den Unternehmensbereichen wird dafür Sorge getragen, dass das Ausscheiden von Mitarbeitern nicht zu nachhaltigen Störungen der Betriebsprozesse führt.
- **Verfügbarkeitsrisiko:** Die Steuerung der qualitativen und quantitativen Personalausstattung wird auf Basis der individuellen Ziele und Anforderungen der Unternehmensbereiche, insbesondere der Geschäftsaktivitäten, der Risikostrategie und der Risikosituation, vorgenommen.
- **Qualifikationsrisiko:** Die Bank führt zielgerichtete Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen durch, damit das Qualifikationsniveau der Mitarbeiter fortlaufend dem aktuellen Stand der Entwicklungen entspricht.
- **Motivationsrisiko:** Durch spezielle Vergütungs- und Incentive-Programme wird Fehlanreizen beziehungsweise Interessenskollisionen entgegengesteuert.

IT- und Systemrisiken

Außergewöhnliche IT- und Systemrisiken können aus unzureichender Sicherheit und Qualität sowie aus Fehlleistungen oder Störungen wesentlicher IT-Systeme und -Prozesse resultieren.

Derzeit werden bei der LBB keine bestandsgefährdenden IT- und Systemrisiken mit hoher Eintrittswahrscheinlichkeit erwartet. Durch die konsequente Weiterentwicklung und Verbesserung der IT-Infrastruktur und -Verfahren ist ein geordneter IT-Betrieb auch für die Zukunft sichergestellt. Die Restrukturierungsziele und die Erfüllung gesetzlicher Anforderungen wurden erreicht.

Das IT-Risikomanagement ist zentral und ganzheitlich definiert und beinhaltet eine ständige Risikosensibilisierung der Mitarbeiter sowie eine regelmäßige Risikobetrachtung im Rahmen etablierter Verfahren. Zur Risikoidentifikation werden periodisch definierte Risikoindikatoren untersucht. Dies ermöglicht der LBB operative IT-Risiken zu erkennen und risikoreduzierende Maßnahmen einzuleiten.

Die Qualität der Informationssicherheit wird durch Orientierung an der ISO-Norm 17799 ständig aktualisiert und verfeinert. Die LBB hat hierfür ein umfassendes Regelwerk zur Informationssicherheit sowie die erforderlichen Organisationsstrukturen und Verfahren implementiert. Durch die in der Branche üblichen Qualitätsstandards bei der Ausgestaltung der IT-Systeme und -Prozesse sowie Orientierung an Best Practices werden die Integrität, Verfügbarkeit und Vertraulichkeit der Informationen und Informationsgüter sichergestellt. Die Aufrechterhaltung der Geschäftsfähigkeit im Krisen- oder Notfall wird regelmäßig durch entsprechende Zertifizierungen und Notfallübungen erfolgreich nachgewiesen.

Im Fokus des IT-Projektportfolios im Jahr 2007 stand die Umsetzung und Weiterentwicklung von Projekten zur

- Erfüllung geänderter gesetzlicher Anforderungen,
- Optimierung des Datenmanagements und der Datenqualität,
- Reduzierung struktureller Komplexität,
- Modernisierung, Konsolidierung und Integration der IT-Infrastruktur und –Verfahren,
- Einführung eines monatlichen Reportings nach IFRS.

Die Steuerung operationeller Risiken und die Notfallvorsorge sind wesentliche Elemente der Projektanforderungen. Damit ist auch künftig sichergestellt, dass Projekte im erheblichen Umfang zur Reduzierung operationeller Risiken beitragen.

Sicherheits- und Notfallpläne

Für das Management von Katastrophensituationen hat die LBB einen Krisenstab etabliert, der im Krisenfall Entscheidungs- und Leitungsfunktionen wahrnimmt. Hierzu werden regelmäßig Übungen durchgeführt.

Weiterhin verfügt die LBB vor dem Hintergrund der laufenden Sicherung des Bankbetriebs und der Reduzierung von Verlusten für den Fall schwerer Betriebsstörungen auf ein Minimum über eine detaillierte Informationssicherheitspolitik und eine umfangreiche schriftliche Notfallplanung für ihre kritischen und hochkritischen Geschäftsprozesse.

Die LBB hat für die Koordination und die Überwachung der Informationssicherheit, der Aktualität der Notfallpläne inklusive der erforderlichen Notfallübungen einen Chief Security Officer (CSO) benannt.

Eine enge Zusammenarbeit der Einheit operationelle Risiken im Bereich Controlling mit den Kernkompetenzbereichen (z. B. CSO, Arbeitsgruppe Informationssicherheit und Notfallplanung für IT und Non-IT) erfolgt in regelmäßigen Arbeitstreffen und Komitees.

Outsourcing

Im Rahmen der Konsultationsphase zur Anpassung und Integration bestehender Outsourcing-Richtlinien in die MaRisk hat die LBB frühzeitig begonnen, erste sich abzeichnende neue Anforderungen an die Messung des Risikogehaltes von Auslagerungen im Hause zu etablieren. Die Umsetzung der neuen Bestimmungen nach finaler Veröffentlichung in den MaRisk steht für das Jahr 2008 im Fokus. Dabei wird insbesondere auf eine verstärkte Einbindung in die Risikosteuerung und –überwachung der Bank Wert gelegt.

Rechtsrisiken

Rechtsrisiken wird grundsätzlich durch die Beobachtung des rechtlichen Umfelds, die Vorgabe von Richtlinien und die Verwendung von Standardverträgen begegnet. Für Rechtsrisiken sind ausreichend Rückstellungen gebildet.

Haftungsfreistellungserklärungen der LBB und der IBG

Wie bereits in den früheren Geschäftsberichten dargestellt, haben die LBB beziehungsweise die Immobilien- und Baumanagement der BIH-Gruppe (IBG), vormals Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH, natürlichen Personen in den Jahren

1994 bis 1997 so genannte Freistellungserklärungen zur Verfügung gestellt, durch die diese von ihrer unbeschränkten Komplementärhaftung in diversen Immobilienfonds gegenüber Dritten durch die LBB beziehungsweise die IBG freigestellt wurden.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) teilte mit, dass sie die Freistellungserklärungen als zivilrechtlich unwirksam betrachte. LBB und IBG vertreten ebenfalls diese Auffassung. Damit haben die Freistellungserklärungen handels- und aufsichtsrechtlich keine Relevanz.

Risiken aus der Umsetzung der Detailvereinbarung und aus der Veräußerung der wesentlichen im Immobiliendienstleistungsgeschäft tätigen Konzerngesellschaften an das Land Berlin

Der Konzern Landesbank Berlin Holding ist durch die „Detailvereinbarung über die Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin AG von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft“ (DetV) vom 16. April 2002 durch das Land Berlin weitestgehend abgeschirmt. Die Abschirmung bezieht sich unter anderem auf bestimmte Patronate sowie auf die von den Konzernbanken herausgelegten Kredite an bestimmte Unternehmen des Immobiliendienstleistungsgeschäfts. Für die Übernahme der verschiedenen Garantien ist von der Holding eine Avalprovision, die zumindest bis einschließlich 2011 15 Mio. € pro Jahr beträgt, zu zahlen. Daneben wurde ein an bestimmte Bedingungen geknüpfter Besserungsschein vereinbart, dessen Kosten von der Holding als der Hauptbegünstigten der DetV allein zu tragen sind.

Im Vorfeld des zwischenzeitlich erfolgten und mit Durchführung der am 1. Juni 2007 geschlossenen Abrechnungs- und Vergleichsvereinbarung zum IDL-Kaufvertrag abgeschlossenen Verkaufs des Immobiliendienstleistungsbereichs an das Land Berlin, wurden die nicht zur Veräußerung vorgesehenen Vermögensgegenstände und Rechtsverhältnisse durch beim Konzern verbleibende Gesellschaften aufgenommen. Etwaigen Abwicklungsrisiken, die aus den insbesondere von den Konzernbanken zu beachtenden Regeln der DetV resultieren könnten, wird durch die einvernehmliche Abstimmung von Handlungsweisen mit der Controlling-Gesellschaft des Landes (BCIA) sowie durch ein geeignetes Risikomanagement begegnet. Jenen Risiken, die im Konzern Landesbank Berlin Holding verblieben und der GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH (GfBI) beziehungsweise der GfBI Immobilien Solutions GmbH (GfBI IS) zugeordnet wurden, insbesondere die Sachverhalte

der „Erweiterten Negativliste“ sowie weitere nicht unter die DetV fallende Positionen, werden zentral in der GfBI bearbeitet und dort durch ein entsprechendes Risikomanagement- und -controllingsystem gesteuert und überwacht.

Im Zusammenhang mit der Übertragung wurden verschiedene gesellschaftsrechtliche Umstrukturierungen vorgenommen. Die einschlägigen Bestimmungen des Aktienrechts bzw. des Umwandlungsrechts gewähren bei derartigen Umstrukturierungen den Gläubigern der betroffenen Gesellschaften unter bestimmten Voraussetzungen einen Anspruch auf Sicherheitsleistung für ihre bestehenden Forderungen. Entsprechende Ansprüche wurden mittlerweile bei der Holding, der LBB, der GfBI und der GfBI IS angemeldet. Zusätzliche Risiken ergeben sich daraus jedoch nicht. Soweit in diesem Zusammenhang vom Konzern Sicherheit zu leisten sein sollte, würden hierdurch lediglich bereits bestehende Verpflichtungen zusätzlich abgesichert, so dass eine Erweiterung der Verpflichtungen des Konzerns hierdurch nicht entstehen kann.

Prospekthaftungsklagen im Zusammenhang mit geschlossenen Immobilienfonds (IBV-Fonds) sowie Klage einer Fondsgesellschaft

Gegen die Holding, die LBB und weitere ehemalige Gesellschaften des Konzerns sind einzeln oder - in jeweils unterschiedlichen Konstellationen - gemeinsam Klagen wegen der Erstellung beziehungsweise des Vertriebs angeblich fehlerhafter Prospekte von IBV-Fonds erhoben worden. Die Fonds waren durch die Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaft der IBAG-Gruppe mbH, nunmehr firmierend als Immobilien Beteiligungs- und Vertriebsgesellschaft der BIH-Gruppe (IBV) initiiert worden.

Infolge der Unterbreitung von so genannten streitschlichtenden Angeboten, die im Rahmen der DetV gegenüber den Zeichnern von 15 IBV-Fonds im Jahre 2005 und weiteren fünf IBV-Fonds im Jahre 2007 erfolgten, haben die Zeichner mehrheitlich ihre Prospekthaftungsklagen zurückgenommen.

Sofern die Zeichner in den Prospekthaftungsklagen letztinstanzlich obsiegen sollten, ist der Konzern Landesbank Berlin Holding gegen die Klagesummen im Ergebnis durch die Detailvereinbarung abgesichert.

Ferner hat eine Fondsgesellschaft, „LBB Fonds 13“, Klage auf Schadensersatz in Höhe von 29,25 Mio. € gegen die Holding, die LBB und die IBG wegen der Übertragung von ursprüng-

lich zwischen der Holding und der Bavaria Objekt- und Baubetreuung GmbH (BOB) abgeschlossenen und in die Fondsgesellschaft übertragenen Swapgeschäften erhoben. Die Holding und die LBB haben der BOB und der IBV – letzterer als geschäftsführender Kommanditistin der Fondsgesellschaft – den Streit verkündet. Das Landgericht Berlin hat mit Urteil vom 2. August 2007 die Holding, die LBB und die IBG gesamtschuldnerisch zur Schadensersatzzahlung verurteilt. Nach Durchsicht und Prüfung des Urteils haben die Beklagten Berufung beim Kammergericht eingelegt. Für den Fall der rechtskräftigen Verurteilung haben die Holding und die LBB ausreichend Risikovorsorge getroffen.

Sonstige Risiken

Geschäftspolitische und strategische Entscheidungen

Die durch den Vorstand der LBB verabschiedete und regelmäßig aktualisierte Gesamtbankstrategie stellt die Zusammenfassung der Strategien aller Geschäftsfelder, Marktfolgebereiche und Corporate Center dar.

Als Instrument zur Überwachung und Steuerung der Ergebnisziele der Geschäftsfelder wurde ein einheitlicher Reportaufbau entwickelt, der sich an strategischen und durch die Bank steuerbaren Kennzahlen orientiert.

Planabweichungen bei den Ergebniszielen sind als Frühwarnindikatoren zu werten. In diesen Fällen werden adäquate Maßnahmen eingeleitet und deren Erfolg überprüft. Der Report wird regelmäßig in der Vorstandssitzung präsentiert. Damit wird gleichzeitig die Einhaltung der Strategie regelmäßig überprüft.

Prognosebericht / Ausblick

Erwartete Entwicklung / Einschätzung der wirtschaftlichen Lage

Im Inland wird die Investitionsneigung 2008 überdurchschnittlich bleiben. Auch die Auslandsmärkte bieten deutschen Herstellern weiterhin gute Absatzchancen. Die US-Wirtschaft wird sich zwar weiter abschwächen, doch stehen dieser Entwicklung der Ausbau der Handelsbeziehungen mit den asiatischen Märkten und eine stärkere Nachfrage aus den ölproduzierenden Staaten gegenüber. Für zusätzlichen Antrieb im Inland sorgt 2008 der private Verbrauch, der sich auf Grund des Aufwärtstrends am Arbeitsmarkt nach Jahren beleben sollte.

Gleichwohl sind die konjunkturellen Risiken gestiegen. Obwohl die EZB auf weitere Leitzinserhöhungen verzichtete, gingen die Turbulenzen an den Finanzmärkten im zweiten Halbjahr 2007 mit einer deutlichen Verschärfung der Finanzierungsbedingungen einher, die 2008 noch nachwirken wird. Darüber hinaus werden sich der hohe Außenwert des Euro und der Kaufkraftentzug im Zuge hoher Energiekosten negativ bemerkbar machen. Insgesamt dürfte die wirtschaftliche Dynamik in Deutschland das Tempo der letzten beiden Jahre nicht halten können.

Die wirtschaftlichen Perspektiven der Region Berlin-Brandenburg sind für 2008 positiv. Im Verarbeitenden Gewerbe liegen die Auftragsbestände auf hohem Niveau. Zudem stützen die sich bessernde Beschäftigungslage, der boomende Berlin-Tourismus sowie Wachstumsimpulse aus Indien, China, Russland und den neuen EU-Ländern die konjunkturelle Entwicklung. Risiken bestehen im Hinblick auf die derzeit noch nicht quantifizierbaren Folgewirkungen der Subprime-Hypothekenkrise in den USA. Alles in allem bleibt die Einschätzung der Berliner Konjunktur für 2008 jedoch günstig, auch wenn die wirtschaftliche Gesamtleistung mit voraussichtlich 1,5 % etwas schwächer zulegen wird als 2007.

Auch strukturell haben sich die Wachstumschancen der Region in den letzten Jahren erweitert. Der Wirtschaftsstandort Berlin kann im nationalen Vergleich mittlerweile auf eine hohe Forschungs- und Entwicklungsintensität sowie Erfolge bei der Produktivitätssteigerung verweisen. In Verzahnung mit vorhandenen Wissenschaftseinrichtungen ist von einem Präsenzausbau speziell in innovativen Branchen auszugehen. Als Kompetenzfelder sind dabei die Bio- und Medizintechnik, die Verkehrstechnik, die Informations- und Kommunikati-

onstechnik im Verbund mit dem Medienbereich sowie die Weiterentwicklung der Wissenschaftsregion Berlin-Brandenburg hervorzuheben. Berlin hat hier in den vergangenen Jahren die Rahmenbedingungen für Unternehmen deutlich verbessert. So ist die jährliche Wachstumsrate der Betriebe in Berlin über alle Zukunftsbranchen seit 2002 deutlich höher als im Bundesdurchschnitt.

Während die Aussicht für die Gesamtwirtschaft durchaus positiv ist, bleiben die Rahmenbedingungen für das Kreditgewerbe schwierig. Die Zinsstrukturkurve dürfte auch künftig flach bleiben und folglich Ertragspotenziale aus der Fristentransformation begrenzen. Darüber hinaus hält der Konsolidierungsdruck auf dem deutschen Bankenmarkt bei gleichzeitig intensiverer Marktdurchdringung durch ausländische Institute an.

Geschäftliche Ausrichtung

Der Konzern Landesbank Berlin ist unverändert darauf ausgerichtet, in seinen vier strategischen Geschäftsfeldern weiter zu wachsen und durch Investitionen Marktchancen zu nutzen und Qualitätsverbesserungen vorzunehmen. Der Konzern hat eine starke Marktstellung in seiner Kernregion Berlin und Umland, jedoch ist diese Region geprägt durch eine im Bundesvergleich schwächere Einkommens- und Vermögensstruktur der Privathaushalte, eine kleinteilige Unternehmensstruktur und einen zwar wieder belebten, aber noch immer schwächer entwickelten Immobilienmarkt. Die inzwischen erfolgten Investitionen in das überregionale Kreditkarten-, Direktbank- und Point-of-Sale-Geschäft sowie die überregionale Ausrichtung des Immobilienfinanzierungsgeschäftes sollen die begrenzten Wachstumschancen in der Kernregion ausgleichen. Durch die neue Eigentümerstruktur können sich zusätzliche Marktchancen aus der Zusammenarbeit mit anderen deutschen Sparkassen ergeben.

Die strategischen Geschäftsfelder des Konzerns werden anhand folgender Erfolgskennziffern gesteuert: Operatives Ergebnis / Ergebnis vor Steuern, Eigenkapitalrentabilität und Cost-Income-Ratio. Auf Konzern- und Einzelinstitutsebene treten eine angemessene Eigenmittelausstattung und die Dividendenentwicklung als Steuerungsgrößen hinzu.

Soll/Ist-Vergleich

Das für 2007 anvisierte Ziel, auch ohne die Erträge der veräußerten Berliner Bank einen Jahresüberschuss zu erreichen, der eine Ausschüttung der LBB Holding AG mindestens in Höhe der Ausschüttung für das Jahr 2006 ermöglicht, wurde erreicht.

Im Geschäftsjahr 2007 machte sich nach zunächst gutem Verlauf die Krise an den Anleihemärkten deutlich negativ bemerkbar. Spread-Ausweitungen, insbesondere bei Emissionen von Banken, führten zu erheblichen Bewertungsverlusten im Wertpapierportfolio. Im primär betroffenen Subprime-Segment der Hypothekenkredite in den USA ist die LBB AG direkt nicht engagiert. Ein deutlich verbessertes Zinsergebnis, verminderte Verwaltungsaufwendungen und eine positive Entwicklung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft machten trotz der Bewertungsverluste im Wertpapierportfolio eine Gewinnabführung an die LBB Holding AG möglich.

Schätzverfahren

Den geschäftlichen Planungen und Prognosen des Konzerns Landesbank Berlin Holding liegen volkswirtschaftliche Annahmen über die Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Zinsentwicklung zugrunde. Für das Jahr 2008 und den mittelfristigen Planungshorizont bis 2012 erwarten wir eine zwar positive, aber im Bundesvergleich unterdurchschnittliche Wirtschaftsentwicklung in unserer Kernregion Berlin-Brandenburg. Gleichzeitig gehen wir davon aus, dass die Zinsstrukturkurve im Mittel flacher sein wird als in den vergangenen Jahren. Basierend auf diesen Annahmen zu den Rahmenbedingungen wurden zentrale Eckpunkte festgelegt. Anschließend erfolgte eine konzernweite Überarbeitung der bisherigen Mittelfristplanung durch die Geschäftsbereiche. Hierin wurden die Ziele hinsichtlich Kunden / Marktstellung, Neugeschäft, Erträge und Risiken geplant sowie Investitionen und Kosten detailliert.

Mittelfristplanung

Die zuvor beschriebene Einschätzung zur weiteren Entwicklung unserer Kerngeschäftsfelder basiert auf einer Mittelfristplanung, die bis 2012 reicht.

Der Planung liegen die verabschiedeten Geschäfts- und Risikostrategien zugrunde. Die Auswirkungen der Änderung des Körperschaftsteuersatzes im Unternehmensteuerreformgesetz 2008 wurden berücksichtigt.

Das Jahr 2008 wird das erste volle Geschäftsjahr nach dem Abschluss aller Restrukturierungsmaßnahmen und der Privatisierung des Konzerns. Daher können sich das Management und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter voll auf den Ausbau der Marktstellung

konzentrieren; so soll das Kosten-, Risiko- und Qualitätsmanagement konsequent auf dem bereits hohen Niveau fortgesetzt werden.

Zusammenfassung / Gesamtaussage

Der Konzern Landesbank Berlin Holding erzielt nach der Privatisierung positive operative Ergebnisse. Die Vermögenslage des Konzerns ist geordnet. In einem schwierigen Branchenumfeld und trotz starken Wettbewerbsdrucks sieht der Vorstand den Konzern strategisch gut aufgestellt. In allen vier Geschäftsfeldern bestehen Wachstumspotenziale, die eine stabile Ergebnisentwicklung im Kundengeschäft erwarten lassen. Angesichts der anhaltenden Verwerfungen an den Finanzmärkten rechnet die Bank mit Belastungen für das Gesamtergebnis.

Bilanz der LBB Holding AG zum 31. Dezember 2007

Aktivseite	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	TEUR	31.12.2006 TEUR
A. Anlagevermögen					
I. Finanzanlagen	(1)				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen			2.808.081		2.408.082
2. Beteiligungen			0		0
			<u>2.808.081</u>		<u>2.408.082</u>
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	(2)				
1. Forderungen gegen verbundene Unternehmen			121.153		469.056
2. Sonstige Vermögensgegenstände			68.691		118.767
			<u>189.844</u>		<u>587.823</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten				0	1.155
Summe der Aktiva:				2.997.925	2.997.060
<hr/>					
Passivseite	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	TEUR	31.12.2006 TEUR
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital	(3)		2.554.741		2.554.741
II. Gewinnrücklagen:					
1. gesetzliche Rücklage		13.155			7.370
2. andere Gewinnrücklagen		<u>159.630</u>			<u>69.630</u>
			172.785		77.000
III. Bilanzgewinn			<u>112.539</u>		152.584
			<u>2.840.065</u>		<u>2.784.325</u>
B. Rückstellungen					
1. Steuerrückstellungen	(4)		148.152		100.863
2. Sonstige Rückstellungen			<u>6.923</u>		<u>74.831</u>
				<u>155.075</u>	<u>175.694</u>
C. Verbindlichkeiten					
1. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	(5)		1.379		14.740
2. Sonstige Verbindlichkeiten,			1.406		22.301
davon aus Steuern		376			(1.849)
			<u>2.785</u>		<u>37.041</u>
Summe der Passiva:				2.997.925	2.997.060
<hr/>					
Eventualverbindlichkeiten					
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und aus Gewährleistungsverträgen (im Übrigen siehe Anhang)			<u>3.243.440</u>		<u>3.771.022</u>
			<u>3.243.440</u>		<u>3.771.022</u>

**Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank Berlin Holding AG
für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2007**

	Anhang Textziffern	TEUR	TEUR	31.12.2006 TEUR
1. Sonstige betriebliche Erträge	(6)		18.456	3.314
2. Sonstige betriebliche Aufwendungen	(7)		8.831	3.096
3. Erträge aus Beteiligungen, davon aus verbundenen Unternehmen			23	4.024
		23		(4.024)
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	(8)		50.235	471.914
5. Aufwendungen aus Verlustübernahmen			0	12.899
6. Zinsergebnis	(9)		17.518	21.947
7. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			77.401	485.204
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(10)		-37.221	83.657
9. Sonstige Steuern	(11)		-1.078	-38.333
10. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag			115.700	439.880
11. Gewinnvortrag / Verlustvortrag aus dem Vorjahr			2.624	-292.480
12. Entnahmen aus Gewinnrücklagen a) aus der Rücklage für eigene Anteile			0	82.184
13. Einstellungen in Gewinnrücklagen a) in die gesetzliche Rücklage b) in andere Gewinnrücklagen			5.785	7.370
			0	69.630
14. Bilanzgewinn / Bilanzverlust			112.539	152.584

Anhang der Landesbank Berlin Holding AG 2007

Die Landesbank Berlin Holding AG, Berlin ist Mutterunternehmen für den Konzern Landesbank Berlin Holding, Berlin. Neben diesem Jahresabschluss wird ein Konzernabschluss nach internationalen Rechnungslegungsvorschriften gemäß § 315a HGB (IFRS) erstellt und veröffentlicht. Die in diesen Konzernabschluss einbezogene Landesbank Berlin AG, Berlin (LBB AG) erstellt gemäß § 291 Abs. 3 Nr. 1 HGB einen eigenständigen Teilkonzernabschluss nach IFRS.

Die Landesbank Berlin Holding AG nimmt im Wesentlichen die Funktion einer Finanzholding wahr, welche Bankgeschäfte nicht mehr selbst durchführt und kein Kreditinstitut mehr ist. Die Landesbank Berlin Holding AG hat zum 31.12.2006 durch Erklärung gegenüber der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht auf die Rechte aus der Erlaubnis zum Betreiben von Bankgeschäften verzichtet.

Im Geschäftsjahr hat die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe GmbH & Co. KG, Berlin, die Mehrheit der Aktien der Landesbank Berlin Holding AG erworben. Komplementärin und Inhaberin von 100% der Stimmrechte der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe GmbH & Co. KG ist die Regionalverbandsgesellschaft mbH, Berlin. Die Landesbank Berlin Holding AG ist damit Tochterunternehmen geworden und wird in dem erstmals zu erstellenden Konzernabschluss der Regionalverbandsgesellschaft mbH einbezogen. Die Konzernabschlüsse der Konzerne Landesbank Berlin Holding AG (kleinster Konsolidierungskreis i.S.d. § 285 Nr. 14 HGB), der LBB AG und der Regionalverbandsgesellschaft mbH (größter Konsolidierungskreis i.S.d. § 285 Nr. 14 HGB) werden beim elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Verzeichnis des Anteilsbesitzes

Die Angaben zum Anteilsbesitz gemäß §§ 285 Nr. 11 und 11a und 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB sind in einer Aufstellung aufgeführt, die diesem Anhang als Anlage 1 beigelegt ist. Mit der LBB AG besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bilanzierung

Der Jahresabschluss wurde nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung unter Beachtung der Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften und des Aktiengesetzes aufgestellt. Ergänzend werden die Vorschriften der Satzung beachtet.

Bis zum Vorjahr wurde der Jahresabschluss der Landesbank Berlin Holding AG nach den besonderen Regeln für Kreditinstitute gemäß §§ 340 ff. HGB und der RechKredV erstellt. Diese Regelungen sind nicht mehr anzuwenden, da die Landesbank Berlin Holding AG nicht mehr in den Anwendungsbereich der RechKredV fällt. Insofern kommen die allgemeinen Regelungen zum Jahresabschluss des HGB zur Anwendung. Die Vorjahreszahlen im vorliegenden Jahresabschluss 2007 wurden entsprechend umgliedert (§ 265 Abs. 1 Satz 2 HGB).

Darstellung der Umgliederung

Bilanz:

in Mio. EUR			
RechKredV		HGB	
Aktiva		Aktiva	
		Anlagevermögen	
		Finanzanlagen	
Anteile an verbundenen Unternehmen	2.408	Anteile an verbundenen Unternehmen	2.408
darunter an Kreditinstituten	(2.407)		
		Umlaufvermögen	
		Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	
Forderungen an Kreditinstitute ¹⁾	470	Forderungen gegen verbundene Unternehmen ^{1, 2)}	469
Sonstige Vermögensgegenstände ²⁾	118	sonstige Vermögensgegenstände ^{1, 2)}	119
Rechnungsabgrenzungsposten	1	Rechnungsabgrenzungsposten	1
Summe der Aktiva	2.997	Summe der Aktiva	2.997
Passiva		Passiva	
Eigenkapital	2.784	Eigenkapital	2.784
Gezeichnetes Kapital	2.555	Gezeichnetes Kapital	2.555
Gewinnrücklagen		Gewinnrücklagen	
gesetzliche Rücklage	7	gesetzliche Rücklage	7
andere Gewinnrücklagen	70	andere Gewinnrücklagen	70
Bilanzgewinn	153	Bilanzgewinn	153
Rückstellungen	176	Rückstellungen	176
Steuerrückstellungen	101	Steuerrückstellungen	101
andere Rückstellungen	75	sonstige Rückstellungen	75
		Verbindlichkeiten	37
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	10	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen ³⁾	15
Sonstige Verbindlichkeiten ³⁾	27	sonstige Verbindlichkeiten ³⁾	22
Summe der Passiva	2.997	Summe der Passiva	2.997

¹⁾ Posten Forderungen an Kreditinstitute gemäß RechKredV ist in HGB aufgeteilt in Forderungen gegen verbundene Unternehmen i.H.v. 468 Mio. EUR und sonstige Vermögensgegenstände i.H.v. 2 Mio. EUR

²⁾ Posten Sonstige Vermögensgegenstände gemäß RechKredV ist in HGB aufgeteilt in Forderungen gegen verbundene Unternehmen i.H.v. 1 Mio. EUR und sonstige Vermögensgegenstände i.H.v. 117 Mio. EUR

³⁾ Posten Sonstige Verbindlichkeiten gemäß RechKredV ist in HGB aufgeteilt in Verbindlichkeiten gegenüber verbundene Unternehmen i.H.v. 5 Mio. EUR und sonstige Verbindlichkeiten i.H.v. 22 Mio

Gewinn- und Verlustrechnung:

in Mio. EUR			
RechKredV		HGB	
Sonstige betriebliche Erträge ²⁾	27	sonstige betriebliche Erträge ¹⁾	3
Sonstige betriebliche Aufwendungen ⁴⁾	6	sonstige betriebliche Aufwendungen ³⁾	3
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen ³⁾	2		
Laufende Erträge aus		Erträge aus Beteiligungen,	4
Anteilen an verbundenen Unternehmen	4	davon aus verbundenen Unternehmen	4
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilabführungsverträgen	472	Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	472
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere ¹⁾	3		
Zinserträge aus			
Kredit- und Geldmarktgeschäften	0	Zinsergebnis ^{2) 4)}	22
Aufwendungen aus Verlustübernahme	13	Aufwendungen aus Verlustübernahme	13
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	83	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	83
Sonstige Steuern, soweit nicht unter "Sonstige betriebliche Aufwendungen" ausgewiesen	-38	sonstige Steuern	-38
Jahresüberschuss	440	Jahresüberschuss	440
Verlustvortrag aus dem Vorjahr	292	Verlustvortrag aus dem Vorjahr	292
Entnahmen aus Gewinnrücklagen		Entnahmen aus Gewinnrücklagen	
aus der Rücklage für eigene Anteile	82	davon aus der Rücklage für eigene Anteile	82
Einstellungen in Gewinnrücklagen		Einstellungen in Gewinnrücklagen	
in die gesetzliche Rücklage	7	in die gesetzliche Rücklage	7
in andere Gewinnrücklagen	70	in andere Gewinnrücklagen	70
Bilanzgewinn	153	Bilanzgewinn	153

¹⁾ Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere i.H.v. 3 Mio. EUR werden in HGB unter sonstige betriebliche Erträge ausgewiesen.

²⁾ Die in den sonstigen betrieblichen Erträgen enthaltenen Zinserträge i.H.v. 27 Mio. EUR werden in HGB im Zinsergebnis ausgewiesen.

³⁾ Allgemeine Verwaltungsaufwendungen i.H.v. 2 Mio. EUR sind in HGB unter sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen.

⁴⁾ Die in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthaltenen Zinsaufwendungen i.H.v. 5 Mio. EUR werden im Zinsergebnis ausgewiesen

Die Bewertungsmethoden wurden beibehalten.

Der Jahresabschluss wurde auf der Grundlage einer Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufgestellt (§ 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB).

Die Landesbank Berlin Holding AG gilt gem. § 267 Abs. 3 Satz 2 HGB als große Kapitalgesellschaft.

Bestände in Fremdwährung bestehen nicht.

Bewertung

Allgemeine Bewertungsgrundsätze

Die Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgte nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind mit dem Nominalbetrag angesetzt. Verbindlichkeiten werden mit dem Rückzahlungsbetrag bilanziert.

Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten bewertet. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden Abschreibungen vorgenommen. Bei nur vorübergehender Wertminderung wird gemäß § 253 Abs. 2 HGB der Wert beibehalten. Diese Handhabung steht im Einklang mit § 6 Abs. 1 Nr. 2 EStG, hierdurch werden Abweichungen zwischen Handels- und Steuerbilanz weitestgehend vermieden.

Rückstellungen sind gem. § 253 Abs. 1 HGB in der Höhe angesetzt, die nach vernünftiger kaufmännischer Überlegung erforderlich ist.

Erläuterungen zur Bilanz

(1) Entwicklung des Finanzanlagevermögens

in Mio. EUR	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen
Buchwert zum 31.12.2006	0	2.408
Anschaffungs-/Herstellungskosten		
zum 31.12.2006	21	2.489
Zugänge 2007	0	400
Abgänge 2007	0	1
Umbuchungen 2007	0	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	0
Anschaffungs-/Herstellungskosten		
zum 31.12.2007	21	2.888
Kumulierte Zuschreibungen		
zum 31.12.2006	0	0
Zugänge 2007	0	0
Abgänge 2007	0	0
Kumulierte Zuschreibungen		
zum 31.12.2007	0	0
Kumulierte Abschreibungen		
zum 31.12.2006	21	81
Zugänge 2007	0	0
Abgänge 2007	0	1
Umbuchungen 2007	0	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	0
Kumulierte Abschreibungen		
zum 31.12.2007	21	80
Buchwert zum 31.12.2007	0	2.808

Der Buchwert der Anteile an der LBB AG hat sich durch eine Bareinzahlung in die Kapitalrücklage gem. § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB um 400 Mio. EUR erhöht.

(2) Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Bei den Forderungen gegen verbundene Unternehmen handelt es sich mit 49,5 Mio. EUR um Ansprüche aus Gewinnabführung gegenüber der LBB AG aufgrund des Ergebnisabführungsvertrages sowie um Guthaben bei Kreditinstituten.

Bei den sonstigen Vermögensgegenständen handelt es sich im Wesentlichen um Forderungen gegenüber den Finanzbehörden. Diese betreffen hauptsächlich die Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und den Solidaritätszuschlag in Höhe von 66,4 Mio. EUR.

Die Forderungen in Höhe von 189,8 Mio. EUR sind sämtlich im Folgejahr fällig.

(3) Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital der Landesbank Berlin Holding AG beträgt 2.555 Mio. EUR und ist eingeteilt in 999.327.870 Stückaktien.

Die Hauptversammlung vom 23. August 2007 hat die Landesbank Berlin Holding AG ermächtigt, bis zum 30. September 2008 zum Zwecke des Wertpapierhandels eigene Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG zu erwerben. Die Erwerbspreise dürfen den durchschnittlichen Schlusskurs der Aktien an den jeweils zehn vorangegangenen Börsentagen nicht um mehr als 10% über bzw. unterschreiten. Der Handelsbestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien darf 5% des Grundkapitals der Landesbank Berlin Holding AG am Ende eines jeden Tages nicht übersteigen.

Daneben besteht gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 23. August 2007 bis zum 30. September 2008 die Möglichkeit des Erwerbs von eigenen Aktien zu anderen Zwecken als dem Handel in eigenen Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG.

Die Landesbank Berlin Holding AG hat im Berichtsjahr eigene Aktien weder gehalten noch erworben.

Im Kreditgeschäft hat das 100%ige Tochterunternehmen LBB AG zum Jahresende 2007 gemäß § 71 e AktG 30.337 (i.V.: 65.066) Stückaktien der Landesbank Berlin Holding AG als Pfand genommen; dies entsprach 0,01% (i.V.: 0,02%) des gezeichneten Kapitals.

Die Regionalverbandsgesellschaft mbH, Berlin, Deutschland, hat der Landesbank Berlin Holding AG gemäß § 21 Abs. 1 WpHG im Namen der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Berlin, Deutschland, mitgeteilt, dass deren Stimmrechtsanteil an der Landesbank Berlin Holding AG am 8. August 2007 die Schwellen von 3%, 5%, 10%, 15%, 20%, 25%, 30%, 50% und 75% überschritten hat und zu diesem Tag 80,95% (808.996.446 Stimmrechte) betrug.

Die Regionalverbandsgesellschaft mbH hat der Landesbank Berlin Holding AG außerdem gemäß § 21 Abs. 1, 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Landesbank Berlin Holding AG am 8. August 2007 die Schwellen von 3%, 5%, 10%, 15%, 20%, 25%, 30%, 50% und 75% überschritten hat und zu diesem Tag 80,95% (808.996.446 Stimmrechte) betrug.

Weiterhin hat die Regionalverbandsgesellschaft mbH mitgeteilt, dass sämtliche der vorgenannten Stimmrechte ihr über die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Berlin, gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen sind, da die Regionalverbandsgesellschaft mbH alleinige Komplementärin und Inhaberin sämtlicher Stimmrechte der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG ist.

Die Beteiligungsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Berlin, Deutschland, hat der Landesbank Berlin Holding AG gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Landesbank Berlin Holding AG am 1. Januar 2008 die Schwellen von 3%, 5% und 10% überschritten hat und zu diesem Tag 10,63% (106.199.981 Stimmrechte) betrug.

Aus dem Bilanzgewinn 2006 wurden 59.959.672,20 EUR als Dividende an die Aktionäre ausgeschüttet. Des Weiteren wurden auf Beschluss der Hauptversammlung 90.000.000,00 EUR in andere Gewinnrücklagen eingestellt.

Der Bilanzgewinn für das Geschäftsjahr 2007 beträgt 112,5 Mio. EUR. Hierin ist ein Gewinnvortrag i.H.v. 2,6 Mio. EUR enthalten.

Vom Jahresüberschuss 2007 waren 5% in die gesetzliche Rücklage (5,8 Mio. EUR) einzustellen.

(4) Rückstellungen

Die Steuerrückstellungen bestehen im wesentlichen für Steuern vom Einkommen und vom Ertrag und enthalten auch Rückstellungen für Betriebsprüfungsrisiken der LBB AG, für die die LBB Holding AG eine Übernahme erklärt hat.

(5) Verbindlichkeiten

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen handelt es sich ausschließlich um Steuererstattungen.

Die Verbindlichkeiten sind sämtlich im Folgejahr fällig.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB aufgestellt.

(6) Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen i.H.v. 18,4 Mio. EUR.

(7) Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten im Wesentlichen Aufwendungen für einen Geschäftsbesorgungsvertrag mit der LBB AG i.H.v. 2,9 Mio. EUR. Auf Beratungs-, Prüfungs-, Gerichtskosten und Gebühren entfallen ebenfalls 2,9 Mio. EUR. Darüber hinaus fielen Versicherungsbeiträge i.H.v. 1,6 Mio. EUR an.

(8) Erträge aus Gewinnabführungsverträgen

Die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen enthalten mit 49,5 Mio EUR die Gewinnabführung der LBB AG.

(9) Zinsergebnis

Das Zinsergebnis setzt sich aus Zinsen und ähnliche Aufwendungen in Höhe von 32,1 Mio. EUR (Vorjahr: 5,4 Mio. EUR) und Zinsen und ähnliche Erträge in Höhe von 49,6 Mio. EUR (Vorjahr: 27,4 Mio. EUR) zusammen. Darin enthalten sind Zinsen und ähnliche Erträge aus verbundenen Unternehmen in Höhe von 10,9 Mio. EUR (Vorjahr 0,0 Mio. EUR).

(10) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Im ausgewiesenen negativen Ertragsteueraufwand sind Steuererstattungen für Vorjahre i.H.v. 66,7 Mio. EUR enthalten. Im Aufwand sind ferner 14,3 Mio. EUR für Betriebsprüfungsrisiken der LBB AG berücksichtigt, für die die LBB Holding AG eine Übernahme erklärt hat, falls die bei der LBB AG gebildeten Rückstellungen nicht ausreichen sollten.

(11) Sonstige Steuern

Die sonstigen Steuern beinhalten im Wesentlichen Umsatzsteueraufwendungen und –erstattungen.

(12) Abschlussprüfergebühren

Für den Abschlussprüfer i.S.v. § 319 HGB im Geschäftsjahr aufgewendete Beträge:

in TEUR	31.12.2007	31.12.2006
für Jahresabschlussprüfungen	369	562
für sonstige Bestätigungs- und Bewertungsleistungen ¹⁾	653	44
für Steuerberatung	0	0
für sonstige Leistungen	14	0
Insgesamt	1.036	606

¹⁾ In den sonstigen Bestätigungs- und Bewertungsleistungen ist das Honorar für die prüferische Durchsicht der Zwischenabschlüsse enthalten.

Sonstige Angaben

Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Nach der Detailvereinbarung mit dem Land Berlin (Einzelheiten s. Lagebericht) ist für die Verpflichtungen der daran beteiligten Gesellschaften des Konzerns Landesbank Berlin Holding AG (ehem. Bankgesellschaft Berlin AG) in einigen Fällen eine gesamtschuldnerische Haftung verschiedener Gesellschaften festgelegt worden. Die Haftungsverteilung im Innenverhältnis erfolgte durch Vereinbarung vom August 2002 ergänzt im August 2004 und sieht einen Haftungsausgleich nach darin näher bestimmten Regeln vor, die sich im Wesentlichen an den Beteiligungsverhältnissen an der haftungsverursachenden Gesellschaft orientieren. Die Detailvereinbarung enthält ferner Regelungen zu einem Besserungsschein, der als Teilgewinnabführungsvertrag mit einer Laufzeit von 15 Jahren ausgestaltet ist und sich an definierten Eigenkapitalquoten orientiert. Für die Übernahme der Risikoabschirmung ist beginnend mit dem Geschäftsjahr 2002 bis zunächst einschließlich 2011 ein Festbetrag von jährlich 15 Mio. EUR zu zahlen, anschließend ist darüber erneut zu verhandeln. Die konzerninterne Aufteilung dieser Kosten erfolgte durch Vereinbarung vom August 2002 und sieht eine Kostenerstattung durch die Landesbank Berlin AG, die Berlin Hannoversche Hypothekenbank AG und die Investitionsbank Berlin entsprechend dem Verhältnis der Volumina der durch die Kreditgarantie geschützten Kredite der Banken vor.

Einzahlungsverpflichtungen für die Beteiligungen der Landesbank Berlin Holding AG bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

Gemäß § 5 Abs. 10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds ist die Landesbank Berlin Holding AG verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V. von etwaigen Verlusten freizustellen, die bei ihm durch Maßnahmen zugunsten der Berlin- Hannoversche Hypothekenbank AG anfallen.

Patronatserklärungen sind durch die Landesbank Berlin Holding AG nicht abgegeben.

Die Verpflichtungen aus Garantien betreffen die Haftung der Landesbank Berlin Holding AG als Gesamtschuldner mit der Landesbank Berlin AG für alle von der Landesbank Berlin Finance (Ireland) plc emittierten Anleihen unter dem MTN-Programm in Höhe von 2.911,1 Mio. EUR (Vorjahr: 3.363,9 Mio. EUR), die aus rechtlichen Gründen nicht im Rahmen der

Ausgliederung des Geschäftsbetriebes auf die Landesbank Berlin AG übertragen werden konnten.

Daneben garantiert die Landesbank Berlin Holding AG 56 Zertifikate und Schuldverschreibungen 332,3 Mio. EUR (Vorjahr: 407,1 Mio. EUR), die sie in der Vergangenheit emittiert und in 2006 auf die Landesbank Berlin AG übertragen hat.

Die Landesbank Berlin Holding AG hat keine Dienstverträge mit Beschäftigten abgeschlossen. Die Durchführung der Geschäfte erfolgt durch das Tochterunternehmen LBB AG im Wege einer Geschäftsbesorgung.

Bezüge des Vorstands und des Aufsichtsrats

Die den Vorstand der Obergesellschaft Landesbank Berlin Holding AG bildenden Herren Vetter und Dr. Veit sind zugleich Vorstandsmitglieder der LBB AG, auf die nahezu das gesamte Geschäft der Landesbank Berlin Holding AG, d.h. der damaligen Bankgesellschaft Berlin AG, übertragen worden ist. Im Zuge der Ausgliederung des Bankgeschäfts nach dem Ausgliederungs- und Übernahmevertrag zwischen Bankgesellschaft Berlin AG und LBB AG vom 29. Mai 2006 sind sämtliche Vertragsbeziehungen, so auch die Vorstandsdienstverträge, auf die LBB AG übertragen worden. Abweichend von ihrer organschaftlichen Bestellung als Vorstandsmitglieder der Landesbank Berlin Holding AG bestehen demgemäss auch die Dienstverträge der Herren Vetter und Dr. Veit sowie auch die sie betreffenden Versorgungsvereinbarungen und vergleichbaren Verträge mit der LBB AG, für die sie überwiegend tätig sind.

Die LBB AG, die auf dieser vertraglichen Grundlage die Vorstandsbezüge für die beiden im Doppelband tätigen Vorstandsmitglieder zahlt, erhält von der Landesbank Berlin Holding AG einen am zeitlichen Aufwand orientierten, jährlich auf seine Angemessenheit zu überprüfenden Ausgleichsbetrag in Höhe einer monatlichen Pauschale von 5 TEUR je Vorstandsmitglied bzw. 6 TEUR für den Vorstandsvorsitzenden. Hierfür wurden von der Landesbank Berlin Holding AG im Jahre 2007 132 TEUR als Aufwandsersatz erstattet.

An Vorstände und Aufsichtsorgane wurden folgende Bezüge gezahlt:

in TEUR	31.12.2007	31.12.2006
Gesamtbezüge des Vorstands	0	0
Gesamtbezüge des Aufsichtsrats ¹⁾	374	421

¹⁾ ohne Umsatzsteuer; Vorjahreszahl angepasst

Den im Geschäftsjahr 2007 amtierenden Vorstandsmitgliedern wurden im Jahr 2007 die nachstehenden Vergütungen zuteil:

in TEUR	Jahresvergütung			Sonstige Vergütungen ¹⁾	Gesamt
	erfolgs-unabhängige Vergütung	davon: nicht ruhe-gehaltsfähige Festantienne	erfolgs-abhängige Vergütung		
Mitglieder des Vorstands					
Hans Jörg Vetter (LBB H, LBB)	1.068	521	675	26	1.769
Dr. Thomas Veit (LBB H, LBB)	689	300	350	33	1.072
Summe Organmitglieder LBB Holding	1.757	821	1.025	59	2.841
Serge Demolière (LBB)	986	489	270	34	1.290
Dr. Johannes Evers (LBB)	627	246	300	46	973
Uwe Kruschinski (LBB) ²⁾	331	150	185	17	533
Hans-Jürgen Kulartz (LBB)	627	246	245	45	917
Martin K. Müller (LBB)	604	290	300	38	942
Vergütungsaufwand Gesamt (LBB AG)	4.932	2.242	2.325	239	7.496

¹⁾ Die Sonstigen Vergütungen betreffen Sachbezüge (*geldwerter Vorteil der Nutzung der Dienstwagen*) von 116 TEUR sowie den sogenannten Arbeitgeber-Anteil Nettobezug (*Übernahme der Besteuerung des geldwerten Vorteils durch den Arbeitgeber*) in Höhe von 119

²⁾ Herr Kruschinski ist zum 30.06.2007 als amtierendes Mitglied ausgeschieden

Eine Zuordnung der Pauschalprämie für die Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung zu den einzelnen Vorstandsmitgliedern wird nicht vorgenommen.

Den am 31. Dezember 2006 amtierenden Vorstandsmitgliedern wurden im Jahr 2006 die nachstehenden Vergütungen zuteil:

in TEUR	Jahresvergütung			Sonstige Vergütungen ¹⁾	Gesamt
	erfolgs-unabhängige Vergütung	davon: nicht ruhe-gelthsfähige Festantieme	erfolgs-abhängige Vergütung		
Mitglieder des Vorstands					
Hans Jörg Vetter (LBB H, LBB)	999	460	450	25	1.474
Dr. Thomas Veit (LBB H, LBB)	677	300	150	30	857
Summe Organmitglieder LBB Holding	1.676	760	600	55	2.331
Serge Demolière (LBB)	974	489	75	32	1.081
Dr. Johannes Evers (LBB)	615	246	120	41	776
Uwe Kruschinski (LBB)	662	300	40	30	732
Hans-Jürgen Kulartz (LBB)	615	246	75	42	732
Martin K. Müller (LBB)	590	290	120	34	744
Vergütungsaufwand Gesamt (LBB AG)	5.132	2.331	1.030	234	6.396

¹⁾ Die Sonstigen Vergütungen betreffen Sachbezüge (*geldwerter Vorteil der Nutzung der Dienstwagen*) von 126 TEUR sowie den sogenannten Arbeitgeber-Anteil Nettobezug (*Übernahme der Versteuerung des geldwerten Vorteils durch den Arbeitgeber*) in Höhe von 104 TEUR. Ferner sind in den genannten sonstigen Vergütungen Zahlungen enthalten, die Herr Müller im Berichtsjahr als Arbeitgeberzuschuss zur Kranken- bzw. Pflegeversicherung erhalten hat.

Eine Zuordnung der Pauschalprämie für die Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung zu den einzelnen Vorstandsmitgliedern wird nicht vorgenommen.

Leistungen von Dritten wurden einzelnen Vorstandsmitgliedern im Hinblick auf ihre Tätigkeit als Vorstandsmitglied nicht zugesagt oder im Geschäftsjahr gewährt.

Vergütungskomponenten mit langfristiger Anreizwirkung (Bezugsrechte, sonstige aktienbasierte Vergütungselemente o.ä.) bestehen für die Vorstandsmitglieder nicht.

Die Angaben gemäß § 285 Satz 1 Nr. 9 Buchstabe a Satz 6 bis 9 HGB sind im Lagebericht enthalten.

Die für das Geschäftsjahr 2007 an die einzelnen Mitglieder des Aufsichtsrats zu zahlende Vergütung beträgt einschließlich der Ausschusstätigkeit (jeweils ohne Umsatzsteuer):

in TEUR	2007	2006	2007	2006
Mitglieder des Aufsichtsrats			Mitglieder des Aufsichtsrats	
Heinrich Haasis ¹⁾				
Vorsitzender	14	0	Michael Jänichen	15
Dr. h.c. Klaus G. Adam ²⁾	30	56	Daniel Kasteel	15
Bärbel Wulff				
stellv. Vorsitzende	35	35	Thomas Mang ⁴⁾	5
Dr. h.c. Axel Berger ³⁾	10	15	Astrid Maurer	15
Dietmar P. Binkowska ⁴⁾	5	0	Prof.Dr. Hannes Rehm ³⁾	10
Gregor Böhmer ⁴⁾	8	0	Heiko Reinhard ⁵⁾	0
Dagmar Brose	15	24	Andreas Rohde	15
Thomas Dobkowitz ³⁾	10	15	Senator Dr. Thilo Sarrazin ⁶⁾	16
Hans Jörg Dupprè ⁴⁾	5	0	Peter Schneider ⁴⁾	5
Dr. Michael Endres ³⁾	10	29	Friedrich Schubring-Giese ⁴⁾	5
Claudia Fieber ⁵⁾	0	15	Dr. Heinz-Gerd Stein ³⁾	10
Christina Förster	15	15	Joachim Tonndorf	25
Dr. Thomas Guth ³⁾	10	15	Dr. Harald Vogelsang ⁴⁾	5
Sascha Händler	15	15	Frank Wolf	18
Jürgen Hilse ⁴⁾	8	0	Senator Harald Wolf ⁶⁾	10
Claus Friedrich Holtmann ⁴⁾	5	0	Bernd Wrede ³⁾	10
Summe			374	421
zuzügl. USt			55	67
Gesamtaufwand			429	488

¹⁾ Mitglied ab 01.09.2007 und Vorsitzender ab 13.09.2007

²⁾ Vorsitzender bis 31.08.2007

³⁾ Mitglied bis 31.08.2007

⁴⁾ Mitglied ab 01.09.2007

⁵⁾ Mitglied bis 30.09.2006

⁶⁾ Mitglied bis 28.08.2007

Mandate in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien

Die Mandate von Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin Holding AG in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien (§§ 285 Nr. 10, 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB) sind in der Anlage 2 zum Anhang dargestellt.

Corporate Governance

Die nach § 161 AktG zum Corporate Governance Kodex erforderlichen Entsprechenserklärungen von Vorstand und Aufsichtsrat wurden und werden im Internetauftritt der Landesbank Berlin Holding AG veröffentlicht.

Einzelheiten zum Erwerb oder zur Veräußerung von Aktien durch Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder werden im Internetauftritt der Landesbank Berlin Holding AG unter „Meldepflichtige Geschäfte gemäß § 15 a WpHG“ veröffentlicht. Sowohl der Aktienbesitz eines einzelnen Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglieds als auch der Gesamtbesitz aller Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder liegen unter 1 % der von der Landesbank Berlin Holding AG ausgegebenen Aktien (Ziffer 6.6 DCGK).

Organe der Landesbank Berlin Holding AG

Vorstand

Hans-Jörg Vetter

Vorsitzender

Dr. Thomas Veit

Aufsichtsrat

Heinrich Haasis

Mitglied ab 1.9.2007

Vorsitzender ab 13.9.2007

Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands

Dr. h. c. Klaus G. Adam

Vorsitzender

bis 31.8.2007

Wirtschaftsprüfer

Bärbel Wulff *)

stellv. Vorsitzende

Vorsitzende des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG

Dr. h. c. Axel Berger

bis 31.8.2007

Vizepräsident DPR Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung e. V., Berlin; Wirtschaftsprüfer, Steuerberater

Dietmar P. Binkowska

ab 1.9.2007

Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Köln/Bonn

Gregor Böhmer

ab 1.9.2007

Geschäftsführender Präsident des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen

Dagmar Brose *)

Referentin im Bereich Finanzen der Landesbank Berlin AG

Thomas Dobkowitz

bis 31.8.2007

Unternehmensberater

Hans Jörg Duppré

ab 1.9.2007

Landrat des Landkreises Südwestpfalz

Dr. Michael Endres

bis 31.8.2007

ehem. Mitglied des Vorstands der Deutsche Bank AG; Vorsitzender des Vorstands der Gemeinnützige Hertie-Stiftung

Christina Förster *)

Fachsekretärin für Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

Dr. Thomas Guth

bis 31.8.2007

Vorsitzender der Geschäftsführung der SALOMON OPPENHEIM GmbH

Sascha Händler *)

Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG; Kundenbetreuer Exportfinanzierung der Landesbank Berlin AG

Jürgen Hilse ab 1.9.2007	Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse Göppingen
Claus Friedrich Holtmann ab 1.9.2007	Geschäftsführender Präsident des Ostdeutschen Sparkassenverbands
Michael Jänichen *)	Bereichsleiter Firmenkunden der Landesbank Berlin AG
Daniel Kasteel *)	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
Thomas Mang ab 1.9.2007	Präsident des Sparkassenverbands Niedersachsen
Astrid Maurer *)	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG, Frauenbeauftragte der Landesbank Berlin AG
Dr. Hannes Rehm bis 31.8.2007	Vorsitzender des Vorstands der Norddeutsche Landesbank Girozentrale
Andreas Rohde *)	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
Senator Dr. Thilo Sarrazin bis 28.8.2007	Senator für Finanzen des Landes Berlin
Peter Schneider ab 1.9.2007	Präsident des Sparkassenverbands Baden-Württemberg
Friedrich Schubring-Giese ab 1.9.2007	Vorstandsvorsitzender der Versicherungskammer Bayern
Dr. Heinz-Gerd Stein bis 31.8.2007	ehem. Mitglied des Vorstands der ThyssenKrupp AG
Joachim Tonndorf *)	ehem. Fachsekretär Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg
Dr. Harald Vogelsang ab 1.9.2007	Vorstandssprecher der HASPA Finanzholding und der Hamburger Sparkasse AG
Frank Wolf *)	Fachbereichsleiter Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg
Senator Harald Wolf bis 28.8.2007	Senator für Wirtschaft, Technologie und Frauen des Landes Berlin
Bernd Wrede bis 31.8.2007	ehem. Vorsitzender des Vorstands der Hapag-Lloyd AG

*) Arbeitnehmervertreter

Berlin, 14. Februar 2008

Der Vorstand

Vetter

Dr. Veit

Anlagen

- | | |
|-----------|--|
| Anlage 1: | Verzeichnis des Anteilsbesitzes (§§ 285 Nr. 11 und 11a, 313 Abs.2, 340a Abs.4 Nr.2 HGB) und Verzeichnis der Gesellschaft mit Beherrschungs-/Ergebnisabführungsvertrag mit der Landesbank Berlin Holding AG |
| Anlage 2: | Mandate von Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats (§§ 285 Nr.10, 340a Abs.4 Nr. 1 HGB) |

Anlage 1

Liste des Anteilsbesitzes

(§§ 285 Nr. 11, 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB, einschließlich der Angaben gem. § 285 Nr. 11a HGB)

Meldendes Unternehmen: Landesbank Berlin Holding AG

Stand: 31.12.2007

Zielwahrung/Einheit: EUR / in Tsd.

Verbundene Unternehmen						
Lfd. Nr.	Name/Ort	abw.			Eigen-kapital	Ergebnis
		Kapital-anteil	Stimm-rechte	WKZ		
1.	Aufbau- und Dienstleistungsgesellschaft mbH Objekt- und Baubetreuung Mecklenburg-Vorpommern, Berlin ¹⁾⁵⁾	94,00		EUR	1.687	903
2.	Babefi-Holding GmbH i. L., Berlin ¹⁾⁹⁾	100,00		EUR	72	6
3.	BankenService GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin ¹⁾⁷⁾	100,00		EUR	2.699	355
4.	Bavaria Immobilien Projektsteuerungs GmbH & Co. Objekt Berlin-Mitte Leipziger Straße KG, Berlin ¹⁾⁵⁾	94,00		EUR	-2.494	2.030
5.	BB-Grundstücksgesellschaft mit beschrankter Haftung, Berlin ²⁾⁷⁾	100,00		EUR	51	0
6.	BB-Leasing GmbH, Berlin ¹⁾⁷⁾	100,00		EUR	1.892	359
7.	Berlin Hyp Immobilien GmbH, Berlin ¹⁾⁷⁾	100,00		EUR	26	0
8.	Berlin Hyp Projekt GmbH i. L., Berlin ¹⁾⁷⁾	100,00		EUR	250	0
9.	Berlin-Hannoversche Hypothekenbank Aktiengesellschaft, Berlin ¹⁾⁷⁾	90,38		EUR	732.352	54.502
10.	BSI Immobilien-Beteiligung GmbH & Co. Objekt Wilmersdorf oHG, Pöcking ¹⁾⁷⁾	94,90	67,79	EUR	290	17.036
11.	Crown Court I LLC, City of Wilmington/Delaware ¹⁾¹⁰⁾¹⁴⁾	100,00		USD	3.528	3.197
12.	Crown Court Property London Ltd., London ¹⁾⁷⁾¹⁵⁾	100,00		GBP	17.509	525
13.	DELTAG Aktiengesellschaft für Investitionen, Berlin ¹⁾⁷⁾	100,00		EUR	142	-28
14.	DirektBankService GmbH Unternehmensgruppe Bankgesellschaft Berlin, Berlin ¹⁾¹²⁾	100,00		EUR	103	1
15.	egs Entwicklungsgesellschaft Sudhorn mbH, Berlin ¹⁾⁷⁾	94,00		EUR	-1.677	-500
16.	Eurospeedway Lausitz Entwicklungs GmbH, Berlin ¹⁾⁷⁾	100,00		EUR	425	-2
17.	FAKT Immobilien Management-Verwaltungs GmbH, Berlin ¹⁾⁵⁾	100,00		EUR	25	0
18.	FinTech Dreiundzwanzigste Beteiligungs- und Management GmbH, Berlin ¹⁾⁷⁾	100,00		EUR	47	-35
19.	Gaia Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG - Dritter IBV-Immobilienfonds International -, Berlin ¹⁾⁷⁾	100,00		EUR	-1	-64
20.	GfBI Beteiligungsmanagement GmbH, Berlin ¹⁾⁷⁾	100,00		EUR	100	-19
21.	GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin ¹⁾⁷⁾	100,00		EUR	9.436	0
22.	GfBI Group Services GmbH, Berlin ¹⁾⁷⁾	100,00		EUR	255	121
23.	GfBI Immobilien Solutions GmbH, Berlin ¹⁾⁷⁾	100,00		EUR	59	15
24.	Grundstücksgesellschaft "Berlin" mit beschrankter Haftung, Berlin ²⁾⁷⁾	100,00		EUR	5.624	0
25.	Grundstücksgesellschaft Bad Freienwalde/Gardelegen GbR, Berlin ¹⁾⁷⁾	76,07		EUR	-19.950	-885
26.	Grundstücksgesellschaft Lehrter Straße GbR, Berlin ¹⁾⁷⁾	99,93		EUR	-6.977	93
27.	Grundstücksgesellschaft Weichselstrae GbR - STADT UND LAND-Fonds 1 -, Berlin ¹⁾⁷⁾	60,22		EUR	3.833	129
28.	Harpalus Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG i. L., München ¹⁾⁵⁾	78,10		EUR	611	11.471
29.	HaWe Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin ¹⁾⁷⁾	100,00		EUR	6.136	0
30.	HILOG Beteiligungs GmbH & Co. Mobilienleasing KG, Pöcking ¹⁾⁷⁾	92,49	92,47	EUR	1.615	1.418
31.	Hohenzollerndamm 134 GbR, Berlin ²⁾⁷⁾	100,00		EUR	16.503	0
32.	IDL Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin ¹⁾⁷⁾	100,00		EUR	20	0
33.	IDL Objektbeteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Berlin ¹⁾⁷⁾	100,00		EUR	156	-6
34.	IDLG Immobiliendienstleistungen GmbH, Berlin ¹⁾⁷⁾	100,00		EUR	2.275	460
35.	Klinikzentrum Lindenallee GmbH, Bad Schwalbach ¹⁾⁷⁾	100,00		EUR	-4.461	971
36.	Landesbank Berlin AG, Berlin ³⁾⁷⁾	100,00		EUR	2.457.327	0
37.	Landesbank Berlin International S.A., Luxembourg ¹⁾⁷⁾	100,00		EUR	197.580	9.036
38.	Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin ¹⁾⁷⁾	100,00		EUR	21.660	11.024
39.	Lausitzring Eurodrom Verwaltungs-GmbH, Kletwitz ¹⁾⁷⁾	60,00		EUR	-8	0
40.	Lausitzring GmbH & Co. KG, Kletwitz ¹⁾⁷⁾	70,00		EUR	-84.326	-11
41.	LBB Finance (Ireland) plc., Dublin ¹⁾⁶⁾⁷⁾	100,00		EUR	1.586	219
42.	LBB Grundstück-Gesellschaft mbH der Landesbank Berlin AG, Berlin ¹⁾⁷⁾	100,00		EUR	256	0
43.	LBB-Immobilien-Service GmbH, Berlin ¹⁾⁷⁾	100,00		EUR	913	0
44.	LBB Reinsurance Ltd., Dublin ¹⁾⁶⁾⁷⁾	100,00		EUR	9.036	4.632
45.	MIKOS Verwaltungs GmbH & Co. Vermietungs KG, München ¹⁾⁷⁾	94,00	55,30	EUR	25	0
46.	netbank Aktiengesellschaft, Hamburg ¹⁾⁷⁾	74,99		EUR	10.733	277
47.	SDZ Ostbrandenburg GmbH, Berlin ¹⁾⁷⁾	100,00		EUR	42	-3
48.	Theseus Immobilien Management GmbH & Co. Objekt Leipziger Straße KG, Berlin ¹⁾⁷⁾	100,00		EUR	-852	-181
49.	Versicherungsservice GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin ¹⁾⁷⁾	100,00		EUR	1.919	489
50.	Wilkendorf Bau- und Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Berlin ¹⁾⁷⁾	100,00		EUR	43	-58
51.	Wilkendorf Golf Betriebsgesellschaft mbH, Altlandsberg ¹⁾⁷⁾	100,00		EUR	35	-275
52.	Wohnbau Tafelgelande Beteiligungs GmbH, Nürnberg ¹⁾⁷⁾	75,00		EUR	33	2
53.	Wohnbau Tafelgelande GmbH & Co. KG, Nürnberg ¹⁾⁷⁾	75,00		EUR	602	-597

Anlage 1

Sonstige Unternehmen von mindestens 20 v. H.

Lfd. Nr.	Name/Ort	Kapital-anteil	abw. Stimm-rechte	WKZ	Eigen-kapital	Ergebnis
54.	Apollon Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG - Vierter IBV-Immobilienfonds für Deutschland -, Berlin ^{1) 7)}	42,37		EUR	36.123	1.794
55.	Apollon Immobilien Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin ^{1) 7)}	30,00		EUR	63	4
56.	Atos Worldline Processing GmbH , Frankfurt am Main ^{1) 7)}	25,10		EUR	9.889	0
57.	B + S Card Service GmbH, Frankfurt am Main ^{1) 11)}	25,10		EUR	12.435	3.630
58.	BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin ^{1) 7)}	21,79		EUR	7.786	297
59.	BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG, Berlin ^{1) 7)}	45,00		EUR	2.542	265
60.	BerlinOnline Stadtportalbeteiligungsgesellschaft mbH, Berlin ^{1) 7)}	45,00		EUR	27	1
61.	BHS Berliner Hannoversche Software GmbH, Hannover ^{1) 7)}	50,00		EUR	1.152	5
62.	CidSI! Computer in die Schulen gemeinnützige Gesellschaft mbH, Berlin ^{1) 7)}	50,00		EUR	123	-29
63.	DEFAS Beteiligungs GmbH & Co. Objekt Neukölln KG, München ^{1) 8)}	94,00	47,00	EUR	26	398
64.	DEFAS Beteiligungs GmbH & Co. Vermietungs-KG, München ^{1) 7)}	94,00	47,00	EUR	-2.687	75
65.	FURIS Verwaltung GmbH & Co. Vermietungs-KG, Pöcking ^{1) 7)}	94,00	50,00	EUR	14	1
66.	Gaia Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Bautzener Gesundbrunnen KG, Berlin ^{1) 7)}	49,00		EUR	-2.029	2.531
67.	Gartenstadt Stahnsdorf GmbH, Berlin ^{1) 7)}	49,00		EUR	3	-1
68.	Gartenstadt Stahnsdorf GmbH & Co. Projektentwicklungs KG, Berlin ^{1) 7)}	48,48		EUR	-53.220	2.052
69.	GbR TOCOTAX ^{1) 7)}	0,00	20,00	EUR	0	-146
70.	Gesellschaft bürgerlichen Rechts Möllendorffstraße/Parkau, Berlin ^{1) 7)}	50,00		EUR	-2.379	-297
71.	Gumes Verwaltung GmbH & Co. Objekt Rostock KG, München ^{1) 7)}	39,60	20,00	EUR	26	0
72.	INKUR Verwaltung GmbH & Co. Vermietungs-KG , München ^{1) 7)}	94,00	47,00	EUR	-2.530	99
73.	InvestitionsBank des Landes Brandenburg, Potsdam ^{1) 7) 13)}	25,00	14,29	EUR	183.820	5.328
74.	KARUS Beteiligungs GmbH & Co. Grundbesitz KG, München ^{1) 7)}	33,00		EUR	26	1
75.	NORD EK Norddeutsche Einkaufskoordination der Landesbank Berlin AG und der Norddeutsche Landesbank Girozentrale GbR, Berlin/Hannover ^{1) 7)}	0,00	50,00	EUR	192	36
76.	PEB Capital B. V. in liquidation, Hilversum ^{1) 7)}	42,39		EUR	664	-12.929
77.	Projektgesellschaft Forum Neukölln GbR mit auf das Gesellschaftsvermögen beschränkter Haftung, Berlin ^{1) 4)}	40,00		EUR	0	0
78.	Theseus Immobilien Management GmbH & Co. KG -Zweiter IBV-Immobilienfonds International -, Berlin ^{1) 5)}	26,80		EUR	78.943	-14.663
79.	WISUS Beteiligungs GmbH & Co. Zweite Vermietungs KG, München ^{1) 7)}	49,00	36,30	EUR	-3.485	62

Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften (§ 285 Nr. 11, 4. Teilsatz HGB i.V.m. § 340a Abs. Nr. 2 HGB)

Lfd. Nr.	Name/Ort	Kapital-anteil	abw. Stimm-rechte	WKZ	Eigen-kapital	Ergebnis
80.	FinanzIT GmbH, Hannover ^{1) 7)}	15,00		EUR	29.448	210
81.	Immobilien- und Baumanagement der BIH-Gruppe GmbH, Berlin ⁷⁾	5,10		EUR	33.165	-5.109
82.	MLP AG, Wiesloch ^{1) 6) 7)}	6,06		EUR	323.439	64.642

- 1 Mittelbar gehalten.
2 Einschließlich mittelbar gehaltener Anteile
3 Mit der Gesellschaft besteht ein Ergebnisabführungsvertrag zur LBB Holding AG.
4 Es liegen Daten zum 31.12.2003 vor.
5 Es liegen Daten zum 31.12.2005 vor.
6 IFRS-/bzw. ISA UK/IRL-Abschluss.
7 Es liegen Daten zum 31.12.2006 vor.
8 Es liegen Daten zum 31.05.2007 vor.
9 Liquidationsschlussbilanz v. 29.06.2007
10 Es liegen Daten zum 30.06.2007 vor.
11 Es liegen Daten zum 30.09.2007 vor - abweichender Jahresabschlusstermin.
12 Es liegen Daten zum 31.12.2007 vor.
13 Die Beteiligung wurde zum 31.12.2005 gekündigt, eine Feststellungsklage ist anhängig, die Entscheidung steht noch aus.

- EZB-Kurse zum 31.12.2007
14 1EUR= 1,47210 USD
15 1EUR= 0,73335 GBP

Verzeichnis der Gesellschaften mit Beherrschungs-/Ergebnisabführungsvertrag mit der Landesbank Berlin Holding AG

Gesellschaft
1. Landesbank Berlin AG, Berlin

Anlage 2

Mandate des Vorstands nach § 285 Nr. 10 HGB und § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB zum Stichtag 31.12.2007

- a) Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten gemäß § 100 AktG
- a)* Mitgliedschaft in Konzerngesellschaften gemäß § 100 AktG
 - ◇ auch nach § 340a Abs. 4 Nr.1 HGB anzugebende Mandate in großen Kapitalgesellschaften
- b) Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen

Vorstand

Hans-Jörg Vetter

Vorsitzender des Vorstands

Vorsitzender des Vorstands der Landesbank Berlin AG, Berlin

- a) stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - Interseroh AG, Köln ◇
- a)* Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin ◇
- b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin

Mitglied des Verwaltungsrats der

 - DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt am Main ◇

Dr. Thomas Veit

Mitglied des Vorstands der Landesbank Berlin AG, Berlin

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
 - FinanzIT GmbH, Hannover ◇
- a)* stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin ◇

Mitglied des Aufsichtsrats der

 - Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin
- b) stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - GfBI Gesellschaft für Beteiligungen und Immobilien mbH, Berlin

Mitglied des Aufsichtsrats der

 - Atos Worldline Processing GmbH, Frankfurt am Main ◇

Verzeichnis gemäß § 285 Nr. 10 HGB zum Stichtag 31.12.2007 bzw. Datum des Ausscheidens

- a) Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten gemäß § 100 AktG
- b) Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
- * Arbeitnehmersvertreter

Aufsichtsrat

Heinrich Haasis (Mitglied ab 01.09.2007)
Vorsitzender (ab 13.09.2007)

Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - Deutsche Sparkassen Leasing Verwaltungs-AG, Bad Homburg
 - Landesbank Berlin AG, Berlin

stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der

- Deutsche Leasing AG, Bad Homburg

- b) Vorsitzender des Verwaltungsrats der
 - DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt a. M.

Mitglied des Verwaltungsrats der

- Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt a. M.
- Landwirtschaftliche Rentenbank, Frankfurt a. M.

Mitglied des Aufsichtsrats des

- Universitätsklinikum, Tübingen

Dr. h. c. Klaus G. Adam
Vorsitzender (bis 31.08.2007)

Wirtschaftsprüfer, Mainz

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
 - Bitburger Brauerei Th. Simon GmbH, Bitburg
 - Bitburger Holding GmbH, Bitburg
 - Landesbank Berlin AG, Berlin

Mitglied des Aufsichtsrats der

- Düsseldorfer Hypothekenbank AG, Düsseldorf

Unternehmen der RheinLand Versicherungsgruppe:

- Rheinland Holding AG, Neuss

Anlage 2

- RheinLand Versicherungs AG, Neuss
- RheinLand Lebensversicherungs AG, Neuss

- b) Vorsitzender des Gesellschafterausschusses der
- Bitburger Holding GmbH, Bitburg

Bärbel Wulff *)

Stellv. Vorsitzende

Vorsitzende des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG, Berlin

- a) stellv. Vorsitzende des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin AG, Berlin

- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Vermögensverwaltung der Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) GmbH, Berlin

Dr. h. c. Axel Berger

(bis 31.08.2007)

Vizepräsident der Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung e.V., Berlin
Wirtschaftsprüfer, Steuerberater

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin AG, Berlin
- Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG, Berlin

Dietmar P. Binkowska

(ab 01.09.2007)

Vorstandsvorsitzender der Sparkasse KölnBonn

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- SCHUFA Holding AG, Wiesbaden

Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin AG, Berlin
- neue leben Holding AG, Hamburg
- neue leben Lebensversicherung AG, Hamburg
- neue leben Pensionskasse AG, Hamburg
- neue leben Pensionsverwaltungs AG, Hamburg
- neue leben Unfallversicherung AG, Hamburg

- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
- BVT Equity Holdings Inc., Atlanta

Mitglied des Verwaltungsrats der
- Deka (Swiss) Privatbank AG, Zürich

Gregor Böhmer
(ab 01.09.2007)

Geschäftsführender Präsident des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen

a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- SV SparkassenVersicherung Gebäudeversicherung AG, Stuttgart

2. stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- SV SparkassenVersicherung Holding AG, Stuttgart

Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin AG, Berlin
- Feuerversicherung Berlin Brandenburg AG, Berlin
- Heubeck AG, Köln

b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- S PensionsManagement GmbH, Düsseldorf
- S PensionsBeratung GmbH, Düsseldorf

Mitglied des Aufsichtsrats der
- Sparkassen Informatik GmbH & Co. KG, Frankfurt a. M.

Vorsitzender des Verwaltungsrats der
- Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt a. M. und Erfurt

Mitglied des Verwaltungsrats der
- DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt a. M.
- Banque LBLux S.A., Luxembourg

Dagmar Brose *)

Referentin im Bereich Finanzen in der Landesbank Berlin AG, Berlin

Keine Mitgliedschaften im Sinne von § 100 und § 125 AktG

Thomas Dobkowitz
(bis 31.08.2007)

Unternehmensberater, Berlin

Keine Mitgliedschaften im Sinne von § 100 und § 125 AktG

Hans Jörg Duppré
(ab 01.09.2007)

Landrat des Landkreises Südwestpfalz

- b) stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Flugplatz GmbH Aeroville, Zweibrücken

Dr. Michael Endres
(bis 31.08.2007)

ehem. Mitglied des Vorstands der Deutsche Bank AG, Frankfurt a. M.
Vorsitzender des Vorstands der
Gemeinnützige Hertie-Stiftung, Frankfurt a. M.

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
- ARCOR Verwaltungs-AG, Eschborn
- Landesbank Berlin AG, Berlin
- Schott AG, Mainz

Christina Förster *)

Fachsekretärin für Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg,
Berlin

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
- DBV – Winterthur Krankenversicherung AG, Wiesbaden
- Landesbank Berlin AG, Berlin

Dr. Thomas Guth
(bis 31.08.2007)

Vorsitzender der Geschäftsführung SALOMON OPPENHEIM GmbH, Köln/Berlin

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Gesellschaft für Industriebeteiligungen Dr. Schmidt AG & Co., Berlin
- Comline Computer + Softwarelösungen AG, Hamburg
- Graphit Kropfmühl AG, Hauzenberg

Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin AG, Berlin

- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Berlin Partner GmbH, Berlin

Vorsitzender des Beirats der
- Human GmbH, Wiesbaden

Mitglied des Beirats der
- Piepenbrock Dienstleistungsgruppe, Osnabrück
- THIMM Holding GmbH & Co. KG, Northeim

Sascha Händler *)

Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG, Berlin
Kundenbetreuer Exportfinanzierung der Landesbank Berlin AG, Berlin

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin AG, Berlin

Jürgen Hilse

(ab 01.09.2007)

Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse Göppingen

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- SV Sparkassenversicherung Lebensversicherungen AG, Stuttgart

Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin AG, Berlin
- SV Sparkassenversicherung Holding AG, Stuttgart

- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
- AFL Finanzleasing GmbH, Göppingen
- Deutscher Sparkassenverlag GmbH, Stuttgart
- Frischauf! Management und Marketing GmbH, Göppingen
- Kreisbaugesellschaft mbH Filstal, Göppingen
- Sparkassen-Beteiligungen Baden-Württemberg GmbH, Stuttgart
- WiF – Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Landkreis Göppingen mbH,
Göppingen

Mitglied des Verwaltungsrats der
- DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt a. M.

Mitglied des Hochschulrats der
- Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe, Bonn
(University of Applied Sciences)

Claus Friedrich Holtmann

(ab 01.09.2007)

Geschäftsführender Präsident des Ostdeutschen Sparkassenverbandes

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- LBS Ostdeutsche Landesbausparkasse AG, Potsdam

Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin AG, Berlin

- b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- FinanzIT GmbH, Hannover

Michael Jänichen *)

Bereichsleiter Firmenkunden der Landesbank Berlin AG

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin AG, Berlin

- b) stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin

Mitglied des Aufsichtsrats der
- MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Berlin-Brandenburg GmbH, Potsdam

Mitglied des Bundesbeirats der
- Deutsche Leasing AG, Bad Homburg v.d.H.

Daniel Kasteel *)

Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG, Berlin

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin AG, Berlin

Thomas Mang

(ab 01.09.2007)

Präsident des Sparkassenverbandes Niedersachsen

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin AG, Berlin
- Alte Oldenburger Beteiligungsgesellschaft AG, Vechta

- b) stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Norddeutsche Landesbank – Girozentrale –, Hannover

Anlage 2

- VGH Versicherungen, Hannover
- Öffentliche Versicherung Braunschweig, Braunschweig
- Öffentliche Versicherungen Oldenburg, Oldenburg
- LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Berlin und Hannover

Mitglied des Aufsichtsrats der

- Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg-Girozentrale, Bremen
- Deutscher Sparkassen Verlag GmbH, Stuttgart
- Porzellanmanufaktur Fürstenberg GmbH, Fürstenberg
- Investitions- und Förderbank Niedersachsen GmbH – NBank, Hannover
- NORD Holding Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH, Hannover
- Sparkassen International Development Trust GmbH, Berlin
- Fördergesellschaft des Niedersächsischen Sparkassen- und Giroverbandes mbH, Hannover

Mitglied im Verwaltungsrat der

- DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt a. M.

Astrid Maurer *)

Mitglied des Betriebsrats und Frauenbeauftragte der Landesbank Berlin AG, Berlin

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin AG, Berlin

Prof. Dr. Hannes Rehm

(bis 31.08.2007)

Vorsitzender des Vorstands der Norddeutsche Landesbank Girozentrale, Hannover

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Salzgitter AG, Salzgitter
- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Porzellanmanufaktur Fürstenberg GmbH, Fürstenberg
 - Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg – Girozentrale, Bremen
 - LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Berlin und Hannover
 - Provinzial Lebensversicherung Hannover, Hannover

Mitglied des Verwaltungsrats der

- DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt a. M.
- NORD/LB Luxembourg S.A., Luxembourg (Vorsitz)

Andreas Rohde *)

Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG, Berlin

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin AG, Berlin

Dr. Thilo Sarrazin

(bis 28.08.2007)

Senator für Finanzen, Berlin

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Berlinwasser Holding AG, Berlin
 - Landesbank Berlin AG, Berlin
 - Vivantes – Netzwerk für Gesundheit GmbH, Berlin
- b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Berliner Verkehrsbetriebe (BVG), Berlin
 - BIH Berliner Immobilien Holding GmbH, Berlin
 - BIM Berliner Immobilien Management GmbH, Berlin
- Mitglied des Verwaltungsrats der
- Investitionsbank Berlin, Berlin

Peter Schneider

(ab 01.09.2007)

Präsident des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- SV SparkassenVersicherung Holding AG, Stuttgart
- stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- SV SparkassenVersicherung Gebäudeversicherung AG, Stuttgart
 - SV SparkassenVersicherung Lebensversicherung AG, Stuttgart
- Mitglied des Aufsichtsrats der
- Badische Allgemeine Versicherungs AG, Karlsruhe
 - Landesbank Berlin AG, Berlin
 - S.V. Holding AG, Dresden
- b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Sparkassen-Beteiligungen Baden-Württemberg, Stuttgart
- stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Baden-Württembergische Bank, Stuttgart
 - Sparkassen Informatik GmbH & Co. KG, Frankfurt a. M.
- Vorsitzender des Verwaltungsrats der
- LBBW Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart
 - LBS Landesbausparkasse Baden-Württemberg, Stuttgart
- stellv. Vorsitzender des Verwaltungsrats der
- LBS Landesbausparkasse Rheinland-Pfalz, Mainz
 - LRP Landesbank Rheinland-Pfalz, Mainz

Mitglied des Verwaltungsrats der

- Badischer Gemeinde-Versicherungs-Verband, Karlsruhe
- DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt a. M.

Vorsitzender der Trägerversammlung der

- LRP Landesbank Rheinland-Pfalz, Mainz
- LBS Landesbausparkasse Baden-Württemberg, Stuttgart

stellv. Vorsitzender der Trägerversammlung der

- LBBW Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart
- LBS Landesbausparkasse Rheinland-Pfalz, Mainz

Friedrich Schubring-Giese

(ab 01.09.2007)

Vorstandsvorsitzender der Versicherungskammer Bayern

a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der

- Consal Beteiligungs-AG, München ¹⁾
- Bayerische Beamtenkrankenkasse AG, München ¹⁾
- Union Krankenversicherung AG, Saarbrücken ¹⁾
- Feuerverzicherung Berlin Brandenburg Versicherung AG, Berlin ¹⁾
- Öffentliche Lebensversicherung Berlin Brandenburg AG, Berlin ¹⁾

Mitglied des Aufsichtsrats der

- Delvag Rückversicherung AG, Köln
- Deutsche Rückversicherung AG, Düsseldorf
- DR Swiss Deutsche Rückversicherung Schweiz AG, Zürich
- ÖRAG Rechtsschutzversicherungs-AG, Düsseldorf
- SAARLAND Feuerversicherung AG, Saarbrücken ¹⁾
- SAARLAND Lebensversicherung AG, Saarbrücken ¹⁾
- Sparkassen-Versicherung Sachsen Holding AG, Dresden
- Sparkassen-Versicherung Sachsen Allgemeine Versicherung AG, Dresden
- Sparkassen-Versicherung Sachsen Lebensversicherung AG, Dresden

Dr. Heinz-Gerd Stein

(bis 31.08.2007)

ehem. Mitglied des Vorstands der ThyssenKrupp AG, Düsseldorf

a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der

- WILO AG, Dortmund

Mitglied des Aufsichtsrats der

- Landesbank Berlin AG, Berlin
- ThyssenKrupp Marine Systems AG, Hamburg

b) Mitglied des Advisory Board der

- Heitkamp & Thumann GmbH & Co. , Düsseldorf

¹⁾ Konzernmandat

Anlage 2

Mitglied des Board of Directors der
- INTAC International Inc., Dallas, USA

Vorsitzender des Beirats der
- Kunststoffwerk Philippine GmbH & Co. KG, Lahnstein am Rhein
- Saarpol Klaus Eckhardt GmbH Neunkirchen Kunststoffe KG, Neunkirchen/Saar

Mitglied des Beirats der
- Hülskens Holding GmbH & Co., Wesel

Joachim Tonndorf *)

ehem. Fachsekretär Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg,
Berlin

b) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Barnimer Busgesellschaft GmbH, Eberswalde

Dr. Harald Vogelsang (ab 01.09.2007)

Vorstandssprecher der HASPA Finanzholding und der Hamburger Sparkasse AG, Hamburg

a) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin AG, Berlin
- neue leben Pensionskasse AG, Hamburg
- neue leben Pensionsverwaltung AG, Hamburg

b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- ZVS Zahlungsverkehrs- und Transaktionsservicegesellschaft mbH, Hamburg

Mitglied des Aufsichtsrats der
- DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co. KG, Bremen
- Deutscher Sparkassen Verlag GmbH, Stuttgart

Frank Wolf *)

Fachbereichsleiter Finanzdienstleistungen der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg,
Berlin

a) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin AG, Berlin
- LBS Ostdeutsche Landesbausparkasse AG, Potsdam

Harald Wolf

(bis 28.08.2007)

Senator für Wirtschaft, Technologie und Frauen des Landes Berlin

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- Berlinwasser Holding AG, Berlin

Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin AG, Berlin

- b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
- BSR Berliner Stadtreinigungsbetriebe, Berlin
- BWB Berliner Wasserbetriebe, Berlin

Mitglied des Aufsichtsrats der
- Berlin Partner GmbH, Berlin (1. stellv. Vorsitzender)
- Messe Berlin GmbH, Berlin
- The New German Länder Industrial Investment Council GmbH, Berlin
- TSB Technologiestiftung Innovationsagentur Berlin GmbH, Berlin

Mitglied des Präsidiums der
- Berlin Partner GmbH, Berlin

Vorsitzender des Verwaltungsrats der
- Feuerversicherung Berlin-Brandenburg, Berlin
- Investitionsbank Berlin, Berlin

Mitglied des Kuratoriums der
- TSB Technologiestiftung Innovationszentrum Berlin, Berlin
- FHTW Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin, Berlin
- FHW Fachhochschule für Wirtschaft, Berlin
- UdK Universität der Künste, Berlin

Mitglied des Beirats der
- Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post, Bonn

Bernd Wrede

(bis 31.08.2007)

ehem. Vorsitzender des Vorstands der Hapag-Lloyd AG, Hamburg

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Landesbank Berlin AG, Berlin

- b) Vizepräsident des Verwaltungsrats der
- Kühne & Nagel International AG, Schindellegi, Schweiz

Mitglied des Kuratoriums der
- ZEIT-Stiftung Hamburg

Entsprechenserklärung / Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Unternehmens so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens beschrieben sind.

Berlin, 3. März 2008

Der Vorstand

Hans-Jörg Vetter

Dr. Thomas Veit

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Landesbank Berlin Holding AG, Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, den 3. März 2008

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Borgel)
Wirtschaftsprüfer

(ppa. Maternus)
Wirtschaftsprüfer